

Correspondent

Er scheint
Dienstag, Donnerstag
Sonabend.
Wöchentlich 150 Nummern.

für
Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXXIV.

Leipzig, Donnerstag den 25. Juni 1896.

№ 72.

Achtung! Bestellungen auf das III. Quartal des Corr. wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

Zur augenblicklichen Lage!

I.

Audiat et altera pars artfakt Kollege Rezhäuser in Nr. 65 des Corr. los. Ja, die deutsche Gehilfenschaft wird Gelegenheit haben auch den andern Teil, vielmehr beide Teile zu hören, und zwar vor dem Forum ihres obersten Gerichtshofes, der Generalversammlung. Und da Frau Justitia allegorisch mit einer Binde vor den Augen, mit Wage und Schwert in der Linken und Rechten dargestellt wird, so wird dieser Gerichtshof gut thun, sich diese Göttin in dieser zweifelsohne richtigen Ausstattung hübsch vor Augen zu halten, um frei von aller persönlichen Voreingenommenheit, frei aus innerster Ueberzeugung sein Votum abzugeben, aber nicht, ihr das Schwert in eine Wagschale praxifizierend, brutal demonstrieren, daß Gewalt vor Recht gebe.

Schwer wird es dem größten Teile der Kollegen in diesem persönlichen Kampf ein unparteiischer Richter zu sein; leichter dagegen über das sachliche Streitobjekt, über den Pantoffel in ihren Reiben — über das Unglückskind, den neuen Tarif. Wie sich aus den Situationsberichten bisher ersehen läßt, ist die übergroße Mehrheit dem abschließlichen Wechselbalg abgeneigt. Und da gehört, gelinde gesagt, eine große Dosis Selbstüberzeugung dazu, um die Disziplin nicht zu vergessen, wenn man sieht wie Zentralvorstand und Gehilfenvertreter mit allen Fasern ihres Herzens, trotz der energischen Proteste und Misstrauensvoten ihrer Mandatgeber, an ihrem Erzeugnisse hängen — ein Produkt, vor dem ihnen, glaube ich, selbst schon ein gelindes Grauen aufsteigt, aus dem ihnen ein Mene tefel upharsin entgegenringt.

Rechts und links! — Zu gemäßigter einerseits, andererseits zu radikal, das scheint die präziseste Stellung unsers Zentralvorstandes und Redakteurs zu sein, das sind zwei ungleiche Pole, die sich aber, entgegen dem Naturgesetze des Magnetismus, nicht anziehen, sind Stellungen, die ja für sich vielleicht ihr bestes Wollen und Können zum Wohle der Organisation einzusetzen bestrebt sind, sich in ihren Grundrissen aber diametral gegenüberliegen und so an ein erprießliches Schaffen und Zusammenwirken nicht denken lassen.

Die moderne (nicht in Gänjesfischen) Gewerkschaftsbewegung soll die heutige Arbeiterbewegung ergänzen, aber nicht ersetzen; sie soll uns durch Sicherstellung auskömmlicher Löhne und entsprechender Arbeitszeit den idealen Zukunftsstaat ersetzen, den wir in der politischen Partei unseren Enteln oder Urenteln erst erkämpfen müssen, sie soll in einem gut fundierten Klassenwesen, mit dem Hauptaugenmerke der Arbeitslosenunterstützung, die Schäden, die ihr die heutige Produktionsweise des Unternehmertums zufügt, zu paralyzieren suchen, sie soll die Massen für den politischen Kampf disziplinieren und energisieren ohne sich im eigentlichen Sinne des Wortes mit Politik zu befassen; damit ist auch schon der Weg gewiesen, daß sie nicht in extrem-radikale Bahnen gedrängt wird, sich nicht als Versuchslabors sozialpolitischer Experimente gebrauchen läßt.

Kampfberein und „sozialdemokratischer Streikverein“ — wie seiner Zeit der Grenzboten-Streik unsere Gewerkschaft illustrierte — das sind zwei Begriffe, die sich noch nicht beden. Ein Kampfberein muß jede Gewerkschaft, die auf oben angegebener Basis die ökonomische Besserstellung ihrer Angehörigen ins Auge faßt, doch unbedingt sein, wie soll sie anders ihren aufgestellten Forderungen eventuellen Nachdruck geben, mit welchen Repräsentanten soll sie Massenmaßregelungen beantworten, als durch ihre fürchtbarste Waffe, die Arbeits einstellen. Der Unternehmer wird sich hüten — und man kann in seine Lage versetzt es ihm auch nicht verdenken — und wird Forderungen seiner Arbeitnehmer bewilligen, wo er sieht, daß es dem Rententen selbst nicht ernst darum ist. Das sind Zustände, die durch unsere heutigen Klassen-gegenstände bedingt sind, die sich nicht abzulagern lassen. Eine Ausnahme bildet natürlich keine Regel. Vor mir liegt die jüngste Nummer eines bürgerlichen Blattes, das

jede andre Parteilichkeit früher aufweist, als die sozialistische. In dieser Nummer finden wir einen sehr ausführlichen und sachlichen Artikel über die Erhebungen der königlichen Arbeiter-Kommission in England und da finden wir u. a. folgende Sätze.

„Im letzten Vierteljahrhundert hat sich der Standard of Life der Arbeiter erheblich gehoben. Das danken die Arbeiter zumeist nicht den Wohlthaten der Unternehmer, sondern ihrer eignen straffen Organisation“;

weiter:
„Der Standard dieser Arbeiter scheint zum Teil ein befriedigender zu sein. Aber dies ist das Resultat sehr vieler und sehr harter Kämpfe. Ohne die Gewerbetreter wäre er jedenfalls ein niedrigerer.“

Oder:
„Für diese Gruppe gilt im allgemeinen, daß die Arbeiter durch ihre Organisationen bedeutende Fortschritte sowohl was die Arbeitszeit, als was den Arbeitslohn betrifft, gemacht haben und daß der heutige Standard of Life ein relativ hoher ist. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Fortschritt ohne energischen Kämpferungen worden sei.“

Dies dem fossilen Teil der Kollegenschaft ins Stammbuch, der da glaubt, nur auf gültigen Wegen, um Gotteswillen nur nicht mit Gewalt, etwas erreichen zu können. Nun die Erfahrungen haben es gelehrt.

Aus vorstehend Ausgeführtem ergibt sich aber auch, daß ein Vorstoß einer Gewerkschaft erst dann erfolgen kann, wenn dieselbe genügend erlarkt, aber dann auch mit voller Macht erfolgen muß, und nicht Gefahr läuft, beim ersten Anstoße zu zerfallen oder Resultate zu zeitigen, wie die jüngsten im deutschen Buchdruckgewerbe. Ueber den Wert oder Unwert des Tarifprodukts will ich für heute hier meine persönliche Aeußerung nicht darlegen. Sache der Generalversammlung ist es, Klarheit zu schaffen, Sache der Verbandsleiter ist es zum Wohle der Gesamtinteressen ihre persönlichen Interessen zurückzusetzen, und Sache der Kollegen ist es, sich eingebend zu sein, daß nur mit Hilfe einer starken, geschlossenen Organisation, etwas zu erreichen. Per aspera ad astra.

Hamburg.

II.

Die meisten Menschen urteilen über Menschen und Dinge, mit welchen ihr Dasein in Verbindung steht, nicht rein logisch, sondern nach ihrer Neigung. Der Geist steht unter dem Pantoffel des Willens. So erging es auch unseren Vertretern. Zu schwarz malend ist aber zweifellos die Behauptung, die Gehilfenvertreter hätten im vollen Bewußtsein diesen thätiglich bestehenden Irrtum begangen. Die geschminkte Gauklerin Illusion verfolgte eben unsere Vertrauensmänner auf Schritt und Tritt und lockte sie ab von dem Pfade der unverfälschten Wahrheit, auf die Abwege geistlichen, aber unbewussten Irrtums. — Die Verhandlungen wurden für unsere Vertreter ein Schlaffenland. Die „goldenen“ Früchte der Tarifgemeinschaft übten einen betäubenden Zauber auf den Geist unserer Vertreter aus. Süße Hoffnungen und beglückende Empfindungen entrückten sie der nackten Wirklichkeit. Zu klären, ob Kollege Gajch auch anfänglich mit berauschter war und dann erst den entgegengekehrten Weg einschlug, oder aber, wie Kollege Gajch behauptet, er seine Meinung dem Hauptvorstande zu Gefallen zurückgestellt hat und ihm dies aber weiter zur Unmöglichkeit wurde, überlassen wir der Generalversammlung, ebenso, ob Kollege G. ein Streber sei, ob er Sonderinteressen oder die Interessen unsers uns an's Herz gewachsenen Verbandes verfolgte.

Wenn unsere Führer annahmen, wir seien nicht schlagfertig, so waren sie auf dem Holzweg und die von der Generalversammlung zu erwartende Ausweisung aus dem Lager der süßen Träume — Schäume, dürfte Zeugnis ablegen von dem Geist innerhalb unsrer Organisation. Die zahllosen Berichte der großen und kleinen Mitgliedschaften lassen doch an der Mehrheit gegen die Tarifgemeinschaft keinen Zweifel aufkommen. Warum klammern sich unsere Vertreter entgegen dieser Stimmen kampfhalt an das Phantasma von Tarif? Sehen dieselben nicht die Notwendigkeit, sich selbst zu besavouieren, einen andern Kurs einzuschlagen? Fühlen die Herren nicht, daß die Klassen- und Interessengegenstände noch nie in

solcher Schärfe zu verzeichnen waren als jetzt? Fürchten sie das Wort „Arbeiterbewegung“? Einbildung ist es, wenn nun schon die rote Fahne innerhalb des Verbandes an allen Ecken und Enden erblüht wird und man besorgt ist um unsre Kasse. Allenfalls wird von unseren Vereinsbeamten gepredigt, die Prinzipale würden sich rüsten, würden sich zu einem noch nie dagewesenen Kampfe gegen uns aufraffen. Wir fürchten uns nicht! Gutenberg-Bund, Prinzipalskassen lassen uns kalt! Alle echten Verbandskollegen werden auch unter neuem Kurse, welchen der Selbsterhaltungstrieb und die zugepöbelten jetzigen Verhältnisse uns aufzwingen, Gefolgschaft leisten. Kollegen, wenn ihr die zu einem Chaos verwickelten Verwicklungen aus der Welt geschafft, wenn ihr den richtigen Weg eingeschlagen wissen wollt, prüft eure Kandidaten auf Intelligenz und Wahrheitsbestimmtheit!

Mit einer großen Gerichtsfindung wird die einberufene Generalversammlung zu vergleichen sein. Und insofern wird man sie nennen müssen, trotz des wahrhaft bebauerlichen Stoffes. Auch der Ankläger wird im Laufe der Verhandlungen in Halle auf der Anklagebank Platz nehmen. Wollen wir hoffen, daß ein gerechtes Urteil abgegeben wird. Möglich ist dies aber nur dann, wenn die Gehilfenschaft Männer in die Generalversammlung wählt, welche sich nicht schon festgerannt haben in dem begangenen Irrtum, welche ihre Meinung derer ihrer Wähler unterordnen. Gebt eure zwar oft bewährte, aber in diesem Falle nicht angebrachte Dinge gegen euren Vereinsbeamten gegenüber auf, wählt Männer in unser Parlament und höchste Instanz, welche dem bisher uns Gebotenen fern gestanden, welche die unüberbrückbare Kluft zwischen Kapital und Arbeit kennen, welche keine Anhänger verderblicher Vertrauensseligkeit sind. Wählt Kollegen, welche dem Amt eines Inquiritenten vorziehen, welche die Thätigkeit des vorläufig auf die Inquiritenbank verwiesenen Kollegen Gajch unbeeinträchtigt prüfen und dementsprechendes Urteil abgeben können.

Königsberg.

A. M.

Aber doch Fortschritt!

Wenn der Doktor Eisenbart einen Zahnleidenden dadurch erlöst, daß er den kranken Zahn mit der Pistole herausschießt, oder wenn ein Anhänger der „Propaganda der That“ die Gesellschaft von den Fehlern ihrer Wirtschaftsbildung dadurch befreien will, daß er einzelne Stützen dieser Ordnung durch Dynamit oder ähnliche angenehme Sachen in ihre Atome zerlegt, so sind das Mittel, die zweifellos ganz radikal aussehenden, über deren Zweckmäßigkeit man aber doch wohl geteilter Meinung sein kann, also darüber, ob sie auch radikal sind. In diesem Sinn etwa gebrauchte ich neulich den Ausdruck „radikal klingende Schlagworte“ und nicht, wie Kollege Hildenbrand — hoffentlich nicht böswillig — falsch zitiert, „radikale Schlagworte“. Im übrigen bin auch ich dem Glauben an Radikalkuren nicht so abgeneigt, vorausgesetzt, daß ich mich von der Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit derselben vorher überzeugen kann.

Im Eingange der Ausführungen des Kollegen H. hatte ich den Eindruck, als wolle er nachweisen, daß „etwas“ nicht mehr, sondern weniger als nichts sei; wenn ich diesen Nachweis trotzdem vermissen, so soll die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sein, daß in diesem Falle der Mangel an mathematischem Begriffsvermögen auf meiner Seite vorhanden ist, weshalb ich wibgelegig, wie ich nun einmal bin, weiterer Belehrung darüber entgegenstehe, daß hier thätiglich weniger ist als zwei.

Als Erfolge unsrer Bewegung sind vorhanden — das ist bisher noch ununterlegt — hauptsächlich das wiedererwachte Selbstbewußtsein der Verbandsmitglieder — nicht auf einzelne kommt es dabei an —, das seit der 1891er Niederlage stark geschwunden und im weitern Schwinden begriffen war, wie jeder Eingeweihte weiß, im Interesse der Organisation aber bisher verschmähen mußte, dann die Verkürzung der Arbeitszeit und die Lohnerhöhung. Diese letzteren zugegebenermaßen geringen Verbesserungen — sie genügen keinem, so wenig wie mehr „genügend“ sein würde — können nur einem Teile der Kollegen zu gute? Ja, glaubt man denn, daß größere materielle Erfolge der Allgemeinheit so schlankeweg zu gute gekommen wären, oder weiß man genau, daß, im

Sie die Großstädte — doch immer nur wieder der „Teil“ sich größere Erfolge im ersten Ansturm erlängten hätten, sie diese auch nur jetzt noch — im Juni — hätten behaupten können? Und wenn dann mit der ungünstigen Konjunktur der Rückschlag eintrat, die Opfer aber noch immer auf der Strecke lagen — wir wissen doch aus Erfahrung, wie lange das dauert — und unsere Kassen leer waren — was dann? Dann hätten wir wieder fünf Jahre organisiert und gespart, um von neuem einen Bierwochenerefolg für immer wieder nur „einen Teil“ der Kollegen zu erlangen. Auf diese Weise würden wir das Rahmlegen der Organisation auf fünf Jahre selber so gut befragen, daß wir anderer Hilfe dabei vollständig entbehren können. Wer glaubt, daß die an das Rückgrat einer guten Organisation gewöhnten deutschen Buchdrucker ohne diese und ihre finanziellen Mittel einen Kampf zu führen in der Lage wären, der gibt sich einer angenehmen Selbsttäuschung hin; es ist so schon wahrlich schwer genug. Das Gegenbild eines solchen Bierwochenerefolgs ist der gestern — an der Schwelle des Sommers — von dem Deutschen Buchdrucker-Bereine gefasste Beschluß, die neuen Verbesserungen allgemein einzuführen. Warten wir doch also ab, ob die Prinzipale diesem Beschlußje Nachdruck verleihen werden, wie sie versprochen haben. Versprochen? Nun freilich, vorläufig hatten sie zum Bruch dieses Versprechens keine Gelegenheit, und was sie früher gethan haben — Kollege H. geht ja bis in den Anfang der 1870er Jahre zurück — hm, sollte nicht auch unter uns der eine oder andre sein, dem man alte Sünden nicht vorhalten würde, weil er heute ein braver Kerl ist? Dies augenblickliche Vertrauen zu den Prinzipalen soll nicht als Dogma aufgestellt, sondern als in unserm Interesse liegend nur empfohlen werden, weil wir im Augenblicke thatsächlich nichts Schlimmeres thun können als abwarten; wird unseren Erwartungen entsprechen, so nützt es uns, wird ihnen nicht entsprechen, so wird niemand geschädigt. Also außer dem Haupterfolge, der Stärkung der Organisation, sind auch materielle Erfolge vorhanden, und — ob groß oder klein — ein Erfolg wird gemeinlich doch für einen Fortschritt gehalten.

Nun sollen aber — und das konnte auch aus den Ausführungen des Kollegen Hilbenbrand herausgesehen werden — diese geringen Erfolge bei weitem überwogen werden durch die angeblichen großen Nachteile der Tarifgemeinschaft, die den freien Verband nicht nur knebeln, sondern den Anfang zur Eskamotierung des Koalitionsrechtes für alle deutschen Arbeiter überhaupt bilden soll. Das ist denn auch der springende Punkt in der gegenwärtigen Diskussion und es soll trotz dem und anderem dem Verusche nicht aus dem Wege gegangen werden, eine sachliche Erörterung auch dieser Frage in der Kollegenchaft anzubahnen. Wahrscheinlich wäre es besser gewesen, wenn man schon früher eingestanden hätte, daß die 1891er Bewegung auch ohne die Tarifgemeinschaft scheitern mußte aus Gründen, die zumeist der allgemeinen wirtschaftlichen Lage entsprangen — vielleicht hätte ein Referendum, eine Urabstimmung, ein treffendes Urteil über die allgemeine wirtschaftliche Lage ergeben — dann aber auch weil infolge der kurz vorhergegangenen österreichischen Bewegung eine große Anzahl freigezogenener Arbeitskräfte den Prinzipalen zur Verfügung standen, was unsere organisierten österreichischen Kollegen auch beim besten Willen nicht verhindern konnten; man hätte dem Prügelingen „Tarifgemeinschaft“ lieber etwas früher seine zergaunerte Fritur ordnen sollen.

Wollen wir Buchdrucker, die sonst immer anderen Arbeitern als Muster vorgehalten werden, nicht auch hier diese, dort jene, heute diese, morgen jene und übermorgen wieder andere Arbeitsbedingungen haben, so müssen wir nach wie vor einen für ganz Deutschland gültigen Normaltarif haben. Daß ein solcher Tarif, wenn man überhaupt darauf rechnet, ihn allgemein zur Durchführung zu bringen, nur aus dem Wege der Vereinbarung mit der Mehrzahl und den maßgebenden der Prinzipale zu stande kommen kann, ist selbstverständlich; wenigstens ist ein anderer gangbarer Weg noch nicht angegeben. Es ist dies auch der Weg, den die moderne Arbeiterbewegung da, wo sie am weitesten vorgeschritten ist, einschlägt: in England. Eine Arbeiterbewegung im eigentlichen Sinne des Wortes ist doch — wie schon früher in diesen Spalten unmißverständlich hervorgehoben wurde — nur die Gewerkschaftsbewegung, denn nur in ihr vertreten ausschließlich Arbeiter unter Führung von ausschließlich Arbeiter ausschließlich Arbeiterinteressen, während in allen anderen, namentlich allen politischen Parteienbewegungen Arbeiter in Harmonie mit und unter Führung von Angehörigen anderer Klassen für gemeinsame Ziele kämpfen. (Aber auch unter Status, unser Gesetz, zwingt uns, unter moderner Arbeiterbewegung lediglich die gewerkschaftliche zu verstehen; soll das geändert werden, so sei man sich über die Konsequenzen klar, die vereinigungsgepligen sowohl wie die aus den Anschauungen eines großen Teiles unserer deutschen Kollegen resultierenden, die vielleicht im Augenblicke ihre erworbenen Rechte nicht würden fahren lassen, die aber im Ernstfalle durch kein Prinzip mehr an den Verband gestellt wären.) Von den am meisten vorgeschrittenen Gewerkschaften, den englischen, haben nun die Vergleute z. B. mit ihren Arbeitgebern eine Tarifgemeinschaft vereinbart, die unseren deutschen Buchdruckern geradezu ein gelindes Grinsen verursachen muß. In ihrer „gleitenden Skala“ ist nämlich nicht nur ein bestimmter Lohnsatz festgesetzt, sondern es ist sogar vorgegeben,

daß im Falle des Sinkens der Kohlenpreise ohne alle Bewegung, lediglich durch Vereinbarung der beiderseitigen Beauftragten auch die Löhne sinken und dafür sind ganz bestimmte Sätze vorgegeben. Und dazu geben sich die gewerkschaftlich am besten organisierten Arbeiter der Welt — das sind die englischen Kohlenarbeiter — her? Wollen wir uns also an den vorgeschrittensten Gewerkschaften ein Beispiel nehmen, so haben wir auch in der Neuschaffung des Tarifausschusses einen Fortschritt zu erblicken.

Und wollen wir uns ganz vorurteilsfrei die Geschichte der Buchdruckerbewegungen der letzten Jahrzehnte ansehen, so müssen wir zugeben, daß wir mit der Tarifgemeinschaft, wenn auch langsam, so doch im großen und ganzen stetig vorwärts gekommen sind, während in den letzten Jahren ohne Tarifgemeinschaft ganz rapid sich Verhältnisse herausgebildet hatten, die von sämtlichen leitenden Personen unserer Organisation längst als ungaltaur erkannt wurden. Wir waren nahe daran, infolge der verschiedensten willkürlichen Tarifbeschneidungen seitens der Prinzipale — in einen Guerillakrieg auf der ganzen Linie verwickelt zu werden, der unsere Kräfte aufgerieben hätte, ohne uns einen durchschlagenden Sieg oder gar geordnete Zustände zu verschaffen. Eben darum bestand auch von vornherein in der gesamten Verbandsleitung — ohne daß von irgend einer Seite Widerspruch erhoben wurde — kein Zweifel darüber, daß mit etwaigen neuen tariflichen Vereinbarungen mit der Prinzipalitär zugleich eine tarifliche Verbände geschaffen werden müsse, welche die tarifliche Ordnung zu überwachen habe. Wenn für die Zusammensetzung des Tarifausschusses die von den Prinzipalen früher gestellten, den Verband entwürdigenden Bedingungen fallen gelassen wurden, vielmehr diese Zusammensetzung so ist, daß sie den im Verband organisierten Gehilfen, so lange sie wollen und unter sich einig sind, den alleinigen Einfluß sichert, so ist doch auch das zweifellos nur als ein Erfolg aufzufassen.

Daß eine Korporation, die nur aus Fachleuten zusammengesetzt ist, im übrigen besser zur Entscheidung tariflicher Streitigkeiten geeignet ist, als beispielsweise ein Gewerkschaftsgericht, weil in ersterem nicht nur die größte Summe von Sachkenntnis, sondern auch, weil beide Teile im selben Maße interessiert sind, die größte Summe von Energie vertreten ist, ist wohl allgemein einleuchtend. Wenn die Organisation dieser freigezogenen Tarifverbände noch an diesen und jenen Mängeln leidet, wenn sie insbesondere möglichst schnell funktionieren sollte, kann uns nicht abhalten, sie im Prinzip anzugenernen. Daß der Verband dadurch in seiner Bewegungsfreiheit gehemmt wird, trifft nicht zu, weil der Verband als solcher damit gar nichts zu thun hat, es sei denn, daß er so lange, bis er sich hart genug fühlt, seine Arbeitsbedingungen den Prinzipalen vorzuschreiben und aus eigener Kraft zu behaupten, sich aus dem Tarifausschuß einen möglichst weitgehenden Einfluß sichert, indem seine Mitglieder sich an den allgemeinen Wahlen für denselben beteiligen, just so, wie die Arbeiter allgemein sich an den Wahlen für die Gewerkschaftsgerichte beteiligen.

Sehr zu bedauern ist es, daß man dieser Frage einen politischen Anstrich zu geben versucht und dadurch in unsere Organisation einen Funken geworfen hat, der, wenn das Soldatentumsgelühl der deutschen Buchdrucker und ihr gewerkschaftliches Gewissen nicht so sehr stark wären, leicht wie in einem Pulverfaß wirken könnte. Es ist das umso mehr zu bedauern, weil die geküßerten Befürwortungen in keiner Weise zutreffen können. Will man vielleicht auch hier oder da keinen Wert darauf legen, daß einer der Väter des Tarifausschusses, Herr Bügenstein, auf der Generalversammlung des deutschen Buchdruckervereins ausdrücklich sich dagegen verwohrt hat, daß der Staat in gewerkschaftlichen Dingen der Buchdrucker-Verbandsämter leiste, so darf man andererseits wohl als sicher annehmen, daß, wenn die Regierungen wirklich die Eskamotierung des Koalitionsrechtes durch Schaffung obligatorischer Eingangsämter mit gesetzlicher Geltung im Schilde führen, sie damit wahrscheinlich kaum so lange warten werden, bis gerade die Buchdrucker sich ein auf freier Vereinbarung beruhendes Tarifamt werden geschaffen haben. Sodann sind gerade wir Buchdrucker die am wenigsten geeignete Kategorie von Arbeitern, um von Verhältnissen in unserm Gewerbe auf diejenigen anderer Arbeiter zu schließen, und zwar gerade weil in folge der jahrzehntelangen guten Organisation unser Gewerbe sich in diesem von denen anderer Gewerbe in vielen Punkten wesentlich verschiedene Verhältnisse herausgebildet haben. Dieser Vorwurf, daß unsere Vertreter dem Unternehmertum politische Rentenbedienste geleistet hätten, ist also der haltloseste von allen, ich möchte sagen, der einzige, der absolut unberechtigt ist. Aber auch die Berechtigung der anderen Ausführungen an den getroffenen Vereinbarungen schwindet, wenn man sich mit ruhigem Blick die Gesamtanlage vergegenwärtigt und bedenkt, daß Verhandlungen niemals die Erfüllung einseitiger Wünsche zeitigen können; andernfalls hätte man sofort den Kampf mit seinen wahrscheinlichsten Konsequenzen aufnehmen müssen — freilich hätten dann die Kampfsüßigen ihren entsprechenden Wunsch besser etwas früher zur Geltung bringen, nicht aber warten sollen, bis ihnen im März seitens der Verbandsleitung dazu die Anregung gegeben wurde — dann hätte man nicht allerorts „Verhandlungen“ beschließen und schließlich zu „Verhandlungen“ fast einstimmig Vertreter wählen sollen.

Noch eine Frage soll aufgeworfen werden: wenn der eingeschlagene Weg nicht weiter innegehalten werden soll,

was soll denn nun eigentlich geschehen? — Die ererhten materiellen Vorteile zurückweisen, nachdem der Prinzipalverein beschloffen hat, sie überall einzuführen, dürfte kaum jemand wollen. In dem Tarifausschuße, der ja vorläufig noch gar nicht existiert, aber event. auf jeden Einfluß zu verzichten, heiße den Verband moralisch vollständig an die Wand drücken; denn dadurch würden wir ja gerade den gegenwärtigen Gehilfenorganisationen die langerehnte Gelegenheit geben, zu beweisen, wie tariftreu sie sind. Da bleiben dann noch zwei Auswege. Entweder wir schlagen sofort los und versuchen die Prinzipale zu überrumpeln, die jetzt noch unvorbereitet sind, die aber, je länger wir mit dem Beschlagen warten, um so intensiver sich vorbereiten werden; wach bessere Lehre könnten sie sonst aus den gegenwärtigen Vorgängen in unseren Reihen entnehmen? Ueber den Ausgang eines Kampfes im Augenblicke dürfte niemand im Zweifel sein. Oder: wir befolgen den Rat, der auch schon zum Teil, hier mehr, dort weniger deutlich erhoben wird, d. h. wir betrachten das gewerkschaftliche Prinzip nur noch als ein altes, verbrauchtes Mäntelchen, das aber gerade noch gut genug ist, um die, wie es heißt, im Augenblicke viel nützlichere parteipolitische Agitation zu verschaffen. Beide Wege aber würden zur Aufrechterhaltung unserer Organisation führen; auf dem ersten würden wir selbst das befragen, auf dem zweiten würde uns die wohlwollende Polizei diese Arbeit bald abnehmen. Also hier die Seylla — dort die Charibdis! Und nun, Kollegen, überlegt es euch mit ruhigem Blut, ob es bei einem so gefährlichen Fahrwasser nicht besser ist, wenn wir den alten Kurs beibehalten, der uns zwar langsam, aber doch stetig vorwärts geführt hat!

Berlin. Max Kof.
Einige der Ausführungen des Herrn Vorsitzenden des Berliner (freisinnigen) „Arbeiter-Vereins“ (ohne Arbeiter) können denn doch nicht ganz unerwähnt bleiben. Von Interesse ist es zu lesen, daß schon von vornherein in der gesamten Verbandsleitung — ohne daß von irgend einer Seite Widerspruch erhoben wurde — kein Zweifel darüber herrschte, daß mit etwaigen neuen tariflichen Vereinbarungen mit der Prinzipalitär zugleich eine tarifliche Verbände geschaffen werden mußte, „welche die tarifliche Ordnung zu überwachen habe“. Hier hat also die deutsche Kollegenchaft von einem Manne, der darin eingeweiht ist, klipp und klar ein wertvolles Geständnis. Wäre die Gehilfenchaft nicht noch bei Zeiten hinter das Komplott gekommen, so war sie eben fix und fertig zum Abschlachten. Soweit es bekannt wurde, daß die jetzigen „Erfolge“ nur durch das Tarifamt festgehalten werden sollten, da, dies wird wohl auch Herr Kof. zugeben, ertönte laut der Widerspruch der deutschen Gehilfenchaft. Doch bleiben wir gleich hier stehen. Es ist uns unklar, wie Herr Kof. die folgenden beiden Sätze seines Artikels verembaren will:

Daß der Verband in seiner Bewegungsfreiheit dadurch gehemmt wird, trifft nicht zu, weil der Verband als solcher damit gar nichts zu thun hat, es sei denn, daß er so lange, bis er sich hart genug fühlt, seine Arbeitsbedingungen den Prinzipalen vorzuschreiben und aus eigener Kraft zu behaupten, sich aus dem Tarifausschuß einen möglichst weitgehenden Einfluß sichert.

Hier also zeigt der Kollege Kof., wodurch der Verband in seiner Bewegungsfreiheit gehemmt werden kann. Weiter Herr Kof.: „In dem Tarifausschuße, der ja vorläufig noch gar nicht existiert, aber event. auf jeden Einfluß zu verzichten, heiße den Verband moralisch vollständig an die Wand drücken.“

Hier also ist der springende Punkt, mit dem gerechnet werden muß. Ganz darauf verzichten, d. h. wenn er existiert, kann und darf der Verband nicht, und wenn er sich Einfluß auf ihn verschafft, der übrigens nur bis zu einer gewissen Grenze möglich ist, so hat er mit ihm zu thun, muß sich den Anordnungen desselben unterwerfen und ist somit in seiner Bewegungsfreiheit gehemmt.

Da dies aber gegenüber den minimalen Erfolgen der Leipziger Verhandlungen von dauerndem Schaden für unsere Organisation sein müßte, so sind eben die ganzen Errungenchaften kein Fortschritt, sondern Rückschritt.

Im weiteren Verfolge seines Artikels möchten wir Herrn Kof. aber doch empfehlen, zum Beweise seiner Sophismen nicht Sachen dienen zu lassen, die den Tatsachen nicht entsprechen. Herr Kof. wird eben sofort wie wir wissen, daß die „gleitende Lohnskala“ eines Revisors der Vergleute Englands — der übrige Komplex hat sich nie auf den Weg eingelassen und die mit ihm hineingefallenen arbeiten daran, aus dem Dilemma wieder herauszukommen — ein immerwährendes Streitobjekt ist. Weiß Herr Kof. das wirklich nicht, dann können wir uns dies nicht anders erklären, als daß er nicht nur mathematisch schwach — wie er selbst sagt —, sondern auch gewerkschaftlich schwach bestellt ist.

Es hieße Gulen nach Alben tragen, wollte man dem Fangballspiele, das Herr Kof. mit Worten treibt, entgegenzutreten; nur noch das eine wollen wir erwähnen, daß „das Gegenbild des Bierwochenerefolgs“ — die in Berlin erfolgte Annahme der Beschlüsse — aus eben den oben ausgeführten Gründen resultiert; weil sich die Prinzipalitär sagt: wir haben in dem Fall Dierwochenerefolge. Hätte auch die Gehilfenchaft die Beschlüsse angenommen, so würde es nicht notwendig sein, wieder fünf Jahre zu warten, um einen „Bierwochenerefolg“ davonzutragen; es käme vielmehr eine Zeit des moralischen Niederganges der Organisation, aus dem sie sich nicht mehr erheben kann, da das

Bleigewicht der Tariforganisation und die lange Kündigungsfrist sie niederdrückt.

Wir lassen uns auf alle angreifbaren Positionen des Kollegen Hof nicht ein, uns genügt, daß selbst ein Freund des Tarifausschusses dessen hemmende Wirkung auf die Organisation — worauf es jetzt nur noch ankommt — eingesehen hat!

Nur eine Forderung!

Betrachtet man die trostlosen Zustände in unseren eigenen Reihen, so muß sich doch jeder denkende Kollege fragen, wer die Schuld an diesen trägt. Und die Antwort wäre wahrlich: Die Kollegenchaft in erster Linie selbst. Es war schon ein satirischer Felsler, überhaupt mit den Prinzipalen auf Grund der Leipziger Resolution in Verhandlung einzutreten, denn gerade die älteren Kollegen mußten von jetzt wissen, daß eine Null herausgesprang. Im Vorgesicht kommender besserer Zeiten in unserm Gewerbe harpte man auf den Ausgang der Leipziger Verhandlung, um so enttäuschter und mit Groll in der Brust des Resultat entgegenzunehmen. Trotz alledem muß man nach den Erfahrungen aus früheren Tarifverhandlungen bekennen, daß die Prinzipale sich wirklich weit herabließen, denn sie verpropfen uns wenigstens 1/2 Stunde und 2 1/2 Proz. Zuschlag. Aber nicht aus Einsicht in unsere Verhältnisse, nicht aus gutem Willen, sondern der Duld war es, der sie bestimmte, uns wenigstens einen Finger zu reichen, wußten sie doch sehr genau, daß wir nicht ratlos die Hände in den Schöß legen und unsere Forderung begraben würden. Wären wir doch zurück auf sämtliche Tarifverbesserungen, sie mußten erst erlöpft werden durch schwere Opfer an Existenz und Geld, waren unsere Forderungen auch noch so minimal.

1891 forderten wir die 9stündige Arbeitszeit, 1896 bemilliigte man uns „aus Gnade“ 1/2 Stunde Verkürzung und nach Ablauf des neuen Tarifs, — 1901 — also nach 10 Jahren werden die Prinzipale, wenn nach ihrem Ermessen ein Bedürfnis für uns vorliegt, vielleicht den Neunhunderttag bewilligen. Das heißt, vielleicht, denn nach den Auslassungen bei den jetzt gepflogenen Tarifverhandlungen liegt überhaupt kein Bedürfnis vor, die glänzenden Verhältnisse der Buchdrucker noch angenehmer zu gestalten. Und nun Kollegen! Hand aufs Herz! Ist das eine Errungenschaft — in zehn Jahren — eines über 20000 Mann zählenden Verbandes: 1/2stündige Verkürzung der Arbeitszeit und 2 1/2 Proz. Zuschlag zum Minimum?!

Und trotzdem wird in den Versammlungen und auch hier in Halle mit Hochdruck gearbeitet, einen unserer bravsten Kollegen, Herrn Gajch, seines Postens zu entheben. Er ist und soll es sein, der die deutsche Buchdrucker-Gesellschaft in jeder Art und Weise sucht zu verschlimmern. Nun, die Erbitterung der Kollegen war meiner Meinung schon da, als das traurige Resultat der Verhandlungen bekannt wurde und der Stein des Anstoßes durfte nur ins Rollen gebracht werden um die Flamme emporlodern zu lassen. Und da glaube ich, wird wohl Kollege Gajch die Schuld tragen. Doch wir führen nur stolz auf einen Mann, der mit freier Stirn den Kollegen die heile abschüssige Bahn zeigt, auf die sie geraten, der den Mut und die Entschlossenheit besitzt, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln vor der Tarifgemeinschaft, den Ketten und Fesseln des Verbandes, zu warnen. Jeder klare Verstand muß doch einsehen, daß zwischen Kapital und Arbeitskraft eine unüberbrückbare Kluft besteht!

Mag die kommende Generalversammlung entscheiden wie sie wolle, unser Lösungswort sei nur: „Fort mit der Tarifgemeinschaft!“ Sollte diese Generalversammlung nicht in diesem Sinne ausfallen und der Hirsch-Dunderschen Richtung zuneigen, dann wird die vollständige Spaltung der Kollegenchaft eintreten über kurz oder lang, denn niemals werden wir unsre Freiheit, unsre Rassen, unsre Koalitionsrecht opfern zu Gunsten des Kapitals, ein Spielball zu sein in den Händen der Prinzipale.

Mag man auch in den kritischen Versammlungen den Ausgang des Streites 1891/92 noch so schwarz vor Augen führen, wir lassen uns nicht irritieren, wir werden erwidern was wir wollen, zur passenden Zeit. Freilich werden wir nie zum Ziele kommen, wenn schon ein halbes Jahr vorher die Trommel geschlagen wird, wenn die Prinzipale schon Wochen und Monate vorher genau instruiert sind, wann der Teufel losgehen soll. Da ist es doch besser, wir lassen es es eben ist. Oder sollte Herr Döblin Recht haben, daß es nur Halbbesoffene sind, die einen Streit herbeiwünschen, dann ist es ratsamer, auf Gnade oder Ungnade uns zu ergeben.

Sollten die Prinzipale diesmal wirklich Ernst machen, den 9 1/2-Stundentag in Kürze zu verallgemeinern, so werden sie auch von uns ein Aequivalent verlangen, Frieden im Gewerbe für immer mit ihnen zu schließen. Ja sie wünschen und suchen Frieden und noch mehr, sie werden es auch durchzusetzen verstehen: die gefährdeten Verbandsgesellen für immer lahm zu legen, und unter der bisherigen Leitung Döblin alias Gauvortischer wird ihnen das auch nicht zu schwer fallen. Ja, Schachzug gegen Schachzug!

Darum Kollegen! Vor allem Augen auf und nichts so! uns auch irgendwie an unsrer Freiheit verloren gehen, das wird uns zum Ziele führen.

Halle a. S.

F. H. a.

Habet Acht!

Videant consules, ne quid recitranti faciant!

Wenn irgendwo, ist diese Warnung hier am Platze, wo die Konsulen, nämlich unser Vereinsvorsitzender und die Gehilfenvertreter, den Willen der Majorität nicht zu respektieren sich bemühtig glauben und trotz der Kündigungen aus allen Ecken Deutschlands, die dies uns schädliche Gebaren rügen, von demselben nicht abzubringen sind.

Nach Ausbruch des Hier Streiks waren diese Herren, wenn nicht alle, so doch mit nur wenigen Ausnahmen, keineswegs die lezten und lauesten, welche die Tarifgemeinschaft mit sämtlichen solidarisch verbundenen Kollegen einstimmig mit verabschiedeten — nunmehr, statt die Worte der Prinzipale bei den letzten Tarifberatungen von den seit 1891 unveränderten Verhältnissen, die diese zur Ablehnung jedweder Verbesserung vorschügten, diesen Herren Prinzipalsvertretern gerade in Bezug auf die Tarifgemeinschaft mit viel größerem Recht in Anwendung zu bringen, ließ sich unser Vereinsvorstand samt Vertretern ins Hochhorn jagen, — um für eine Lappalie von nur teilweiser Verbesserung, obendrein mit fünfjährig dreijähriger Abschlagszahlung — man höre und staune — eine zweite Auflage der Tarifgemeinschaft für uns Gehilfen dafür in Kauf zu nehmen!

Wie die zweite Auflage gegen die erste gewöhnlich Verbesserungen aufzuweisen hat, so auch hier, natürlich im-Sinne der Herren Prinzipale, die es auch wirklich fertig brachten, unsere eignen Vertreter samt Vorstand dahin zu bringen, für das uns dargebotene Linsengericht sie uns mündgerecht machen zu wollen! Ja wollen, denn zu dem können wird es nicht kommen, denn die weitaus große Masse der Mitglieder, welche diesen Weg als einen Krebsgang klar erkennt, weist einen solchen, von unseren eigenen harmonieberauschten Vertretern in die Wege geleiteten mit Entrüstung weit von sich und wird auch ferner ihre Organisation zu erhalten und fördern wissen.

B.

g.

Zur Abwehr.

I.

Von jeher haben wir Buchdrucker es uns angelegen sein lassen, in Streitigkeiten, mochten sie auch noch so itesigender Natur sein, den Ton und Anstand zu wahren, wie es sich für eine große und wohlhabende Gewerkschaft eigentlich von selbst verstehen müßte.

Daß in der heutigen Bewegung dies nicht geschieht, dieselbe vielmehr recht fonderbare Blüten treibt, dafür zeugt ein Artikel in Nr. 68 des Corr. vom Kollegen Albert Wagner. Der Herr Verfasser konnte es, nachdem er seine Weisheit über die eventuellen Vorteile und Nachteile einer etwaigen Bewegung verjagt hatte, nicht über sich gewinnen, auch einen Stieb gegen die sich „nur immer feste radikal“ gebenden Zeitungsetzer zu führen, die das unerblühte „Glück“ haben, in den sozialdemokratischen Parteiblättern zu stehen und deshalb — natürlich! — bei einer Bewegung nichts zu riskieren haben. Diese Logik ist einfach großartig. Mit einem Federstrich eskamotiert Herr Albert Wagner einem erklecklichen Teile von Kollegen ihre ehrliche Meinung und drückt sie zum Stimmstich herab, weil sie — nun ja, weil sie die Allgemeinheit eben nichts angeht und ihre Stellungen gesichert sind. An Herrn Wagner ist ein Staatsmann par excellence verloren gegangen! Bedauert auch, ihr sozialdemokratischen Zeitungsetzer, bei ihm für sein „gesundes“ und „objektives“ Urteil, und auch ihr „Kratzler und Schreier“, die ihr eure Meinung, das Einzige, was ihr noch habt, für ein „Ansengericht“ verkauft! Pflui Teufel!

Wer in einem Artikel zu derartigen Mitteln greift, in einer so unglimpflichen und niederrächtigen Weise einem Teile der Kollegen die freie Meinungsäußerung rauben und ihnen die Mundbinden zu anderer Leute Gesellen vorlegen will, um besten Falles und „Beräuhungsgesäß“ muß es wahrlich schlecht stehen. Behauptungen aufstellen, die wohlweislich wie Brombeeren sind — und bei einem Weisheitsantritte sich selge wie die Spinne verkrühen — nun, das ist eben nicht jedermanns Sache.

Oder meint Herr W. vielleicht, es wäre besser bestellt um die friedliche Entwicklung und das gute Gedeihen unsrer Organisation, wenn Leute, mit seinen Rezepten ausgestattet, die Oberhand gewinnen? Wenn es soweit gekommen ist, daß man die ehrliche Meinung einer großen, ja übergroßen Opposition nicht mehr achtet, wenn man ihr kurzerhand mit ehrentilgigen Angriffen begegnen zu müssen glaubt — nun dann wird man auf jener Seite wohl auch bald zum Faustrechte kommen. Ansichten aber, wie sie Herr W. zum Ausdruck bringt, sind wahrlich nicht dazu geeignet, die vielgerühmte Einigkeit zu kräftigen und auszubauen.

Darum: die Hand fort von persönlichen Angriffen und Hänkeleien, möge man jede Meinung achten und den Blick auf die Sache richten. Berlin.

II.

Kollege Wagner erdreistet sich in Nr. 68 in einem Zur Tarifbewegung überschriebenen Artikel, indem er aus dem einerseits und andererseits nicht herauskommt, die Elemente der Opposition für unfähig hält, die führende Rolle in unsrer Organisation zu übernehmen und nur von der „postiblen, wenn auch langsam schaffenden Taktik“ der heutigen Leiter ein Wortwortkommen er-

wartet, eine Kritik der Elemente zu geben, aus welchen sich angeblich die Opposition zusammensetzt. Ich meine den Satz: In den vorderen Reihen... verlaufen. Kollegen, die Ihr durch die verkehrte heutige Produktionsweise tagtäglich den grinsenden Hunger oder eine peinliche ungewisse Zukunft vor Euch seht und die Ihr Euch das Hirn zermartert, wie diesen furchtbaren Zuständen ein schändliches Ende bereitet werden kann, Ihr werdet als im Wege stehend betrachtet, wenn es gilt, eine „Besserung der Verhältnisse auf friedlichem Wege“ vorzunehmen! Und wegen der paar Pfennige Unterfützung, die es während eines Streiks mehr geben könnte als sonst, imputiert Euch dieser Freund der Harmoniebuschel, daß Ihr blindlings eintretet für jede gewaltsame Durchführung der Gehilfenforderungen — Ihr hättet ja nichts zu riskieren und nichts zu verlieren. Gewiß hat der größte Teil der Gehilfenchaft heute so gut wie nichts mehr zu verlieren und getroßt könnte die Gehilfenchaft während eines Streiks die aufgesammelten Gelder klein machen, denn es ist ja ihr Geld und sie hat es für diese Zeit zurückgelegt — aber leitend für die Gehilfenchaft ist der Vorwurf des leichtfertigen Spielens mit dem Feuer. Und die Kollegen in den sozialdemokratischen Parteiblättern werden von Herrn Wagner in einer unerhörten Weise deswegen angerepelt, weil sie als denkende Arbeiter fast einstimmig die geübte Taktik unserer Leiter den Prinzipalen sowohl als auch den Mitgliedern gegenüber auf das schärfste mißbilligen. Herr Wagner, der von der Tarantel gefressen sein muß und daher, den Sinn seiner Worte nicht mehr erkennend, in seiner Wut gegen die Opposition blindlings darauf losschlägt, nennt das im Sinn ihrer sozialdemokratischen Broterger handeln. Bisher ist es unter Buchdruckern noch nicht üblich gewesen, Andersdenkende der Gefinnungslumperei und der Klüffigkeit zu gehen, wie dies Herr Wagner thut. Die Kollegenchaft wird diese Art Kampf gebührend zu mißbilligen wissen und beurteilen. P. R.

Mann über Bord.

Sonderbare Früchte sind es, welche unsre zu Anfang dieses Jahres mit so großer Begeisterung begonnene Bewegung gezeitigt hat. Diejenigen, welche einsehen, daß es so nicht mehr weiter gehen könne, daß jetzt endlich der Zeitpunkt herangekommen sei, wo es gelte, für die Arbeitslosen und sich selber etwas zu schaffen, wurden dafür von dem, dem sie überall zujubelten, als Besoffene usw. bezeichnet. Allerdings hat das niemand weiter gehört; jedoch Herr Döblin gibt selber zu, es gesagt zu haben, aber nur im „Privatgespräch“. Im Privatgespräche kann man aber vieles sagen, was, wenn es in irgend einer Versammlung geschehen wäre, jedenfalls dazu geführt hätte, daß der Betreffende (in diesem Falle Herr Döblin) wohl nicht wieder in einer Versammlung hätte sprechen können. Aber etwas „Wahres muß doch daran sein“, denn auch Albert Wagner Berlin spricht sich in Nr. 68 des Corr. so ähnlich aus, indem er von Kollegen spricht, welche der Opposition aus Neigung und Beruf angehören, von „Kratzler und Schreier“, die, wie Gajch seine Erstgeburt um ein Linsengericht, ihre Meinung für einen „Nordhäuser“ verkaufen.“ Die Beurteilung dieser Behauptung überlassen wir den Kollegen, wir sind aber überzeugt, daß Kollege Albert Wagner dafür nur ein kräftiges „Pflui“ ernten wird.

Es ist wirklich eine Schmach, daß sich die Kollegen dergleichen bieten lassen müssen — jedoch sie müssen nicht. Jedenfalls wird die Kollegenchaft bei den Urwahlen zur außerordentlichen Generalversammlung die gebührende Antwort unserm nicht mehr „modernen“ Führer zu teil werden lassen.

Wie sich Herr Döblin auch jetzt noch, nachdem sich die große Mehrzahl der Kollegen auf Gajchs Standpunkt gestellt und sein Vorgehen gebilligt hat, bemüht, letztern herunterzureifen, erliegt man aus dem Flugblatt „An die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker“. Derartige „Aufklärungen“ konnte man sich ersparen. Oder hält Herr Döblin die Kollegenchaft Deutschlands immer noch für Besoffene usw.? Auf dieses „Glück“blatt näher einzugehen erübrigt sich wohl, da ja unser Redakteur Gajch dasselbe schon zerpfückt hat, ehe es noch recht das Licht der Welt erblickte. Eines jedoch muß aus dem Flugblatte herausgegriffen werden. In demselben wird ziemlich am Schlusse gesagt, daß Kollege Gajch mit seiner Agitation die Bildung eines linken Flügels unter den Buchdruckern beabsichtige! Hat denn der Herr Döblin wirklich geschlafen oder — ach so, ich hätte beinahe übersehen, daß er ja von einer modernen Arbeiterbewegung (in Hänseleien) sprach.

An der Kollegenchaft wird es liegen, einen solchen „Führer“ dahin zu befördern, wohin er gehört: über Bord! Leipzig. Selwa.

Bevorstehender Kampf im Londoner Druckgewerbe.

Wie aus dem nachstehenden Bericht zu ersehen ist, sind die Londoner Setzer nicht gewillt, sich mit bloßen Redensarten abspelen zu lassen, sie werden an Stelle der „Verhandlungen“ den Kampf treten lassen, wenn die Prinzipale sich nicht dazu bequemen wollen, die begründeten Forderungen der Gehilfen ungeschmälert anzuerkennen, und so die Berechnung unserer Befürworter

der Tarifgemeinschaft in Deutschland zu schanden machen. Unser Berichterstatter schreibt uns:

Die Verhandlungen zwischen den Prinzipalen und den Vertretern der Londoner Sepergesellschaft zur Schaffung eines neuen Sepermaschinentarifs sind abgebrochen worden, indem sich die beiderseitigen Vertreter nicht über die dritte Klausel, welche gleichzeitige Manuskriptaufnahme der Maschinen- und Handseper betraf, einigen konnten. Nachdem unsere Vertreter nach hartnäckigem Kampfe die ersten zwei Klauseln, wonach jeder Operator Mitglied der Sepergesellschaft sein muß und den Angehörigen der Firma, welche Maschinen einführt, auf Kosten derselben Gelegenheit gegeben wird, dieselbe zu erlernen, durchgebracht hatten, scheiterte alles Parlamentieren an dem Kardinalpunkte des von uns aufgestellten Tarifs. Zum besseren Verständnis lasse ich hier eine Uebersetzung der ersten drei Klauseln des proponierten Tarifs folgen:

1. Alle Operatoren bzw. Seper (welche eine Lehrzeit bestanden haben müssen), Justifizierer und Ableger sollen Mitglieder der Londoner Sepergesellschaft sein.

2. Den Angestellten der Firma, welche Sepermaschinen einführt oder dieselben vermehrt, soll Gelegenheit gegeben werden, die Erlernung der Sepermaschine in ihrer freien Zeit zu betreiben, (betriebl. produzierter Saß darf nicht verwendet werden) und wenn ein Seper bei einer Probe-Stunde im Stand ist, 4000 n oder 12000 in vier Stunden zu sepen, so soll denselben der Vorzug vor allen andern gegeben und ihm für sechs Wochen lang das Durchschnittsalatr bezahlt werden, welches er während der letzten drei Monate verdiente. (Ursprüngliche Forderung war 2000 n pro Stunde und acht Wochen lang Durchschnittsalatr).

3. In allen Offizinen, welche Sepermaschinen in Gebrauch haben oder einführen, soll die Seperzeit gleichzeitig zwischen Maschinen- und Handseper beginnen; ebenso der Schluß der Seperzeit für alle gleichzeitig. Manuskript darf weder für Maschinen- noch Handseper ausgenutzt werden. Jedem Operator oder Handseper sollen mindestens 7 Schilling 8 Pence pro Tag von 7 Arbeitsstunden an Morgen- und Abendstunden 2 Pfund 3 Schilling per 42 tägige Arbeitswoche garantiert werden.

Unsere Herren Arbeitgeber wollten natürlich die Maschinen resp. Operatoren arbeiten lassen, wenn es ihnen gefiel und suchten durch allerlei verzuderte Willen, wie festes Gehalt für die Handseper usw. ihren Standpunkt annehmbar zu machen. Doch vergaßen die guten Herren ihrerseits ein festes Gehalt für ihre Handseper vorzuschlagen und unsere Vertreter bestanden entschieden auf gleichzeitiger Manuskriptaufnahme (simultaneous list). Hier zerklüft sich, wie bereits erwähnt, die Verhandlungen und letzten Samstag tagte in der hiesigen Greter Hall eine außerordentliche Generalversammlung der Londoner Sepergesellschaft, um Stellung zu der jetzt äußerst kritischen Situation zu nehmen. Die große Halle war trotz der drückenden Hitze vollständig besetzt und die Anwesenden von Kampfesmut befeuert. Es wurde allgemein darauf hingewiesen, daß unsere Prinzipale die Kassen für die Annotpe und andere Sepermaschinenkompanien aus dem Feuer holen und, um die kostspieligen Maschinen bezahlt zu machen, an den Löhnen und Arbeitsbedingungen ihrer Angestellten knausern wollen. Die Versammlung beschloß einstimmig, an dem von den Gehilfen aufgestellten Tarife festzuhalten und ihn, im Falle keine weitere Konferenz der beiderseitigen Vertreter stattfindet, am Ende dieses Monats, allwo die Frist abläuft, wenn nötig, durch Streit durchzuführen. Ueber einen zu zahlenden Extrabetttag wird eine Urabstimmung der Mitglieder entschieden, ebensfalls über noch sich nötig machende definitive Bestimmungen. Selten befand sich in den Annalen der Londoner Sepergesellschaft der Vorstand so in Harmonie mit den Mitgliedern und, nach dem Verlaufe der Versammlung zu urteilen, wird der Sieg unser sein, obgleich es einen harten Kampf gegen eine Kapitalistenkombination mit der Annotpe Company im Hintergrunde geben wird. J. B.

Korrespondenzen.

§ Augsburg. Eine von etwa achtzig Kollegen besuchte Versammlung befaßte sich mit der Erledigung einer sehr umfangreichen Tagesordnung, was bis nach Mitternacht währte. 1. Besprechung der Anträge zur Generalversammlung und Auffstellung von Kandidaten; 2. Antrag Dignus und Gen.: Das (in voriger Versammlung beschlossene) ortswweise Obligatorium ist zu verschleiben; 3. Wahl eines Schriftführers. Kollege Kahle referiert über den ersten Punkt. Er findet in dem Eingehen auf die Tarifgemeinschaft keine Prinzipienverletzung und Schädigung des Gewervereins, wenn der Verband seine Funktion als Wächter über solche getreulich ausübe. Wenn auch das Tarifamt falle, müßten doch die übrigen Berliner Beschlüsse voll und ganz aufrecht erhalten werden. Hierauf unterzieht Redner das Vorgehen Gassch's einer abfälligen Kritik, macht einige Mittelungen über die in München abgehaltene Konferenz der bayerischen Vertrauensleute und fordert auf, nur Kandidaten zu nominieren, die in diesem Sinne handeln. Kollege Kollwagen tritt dem Vorredner entgegen. Das Eingehen auf ein solches Monstrum von Tarifgemeinschaft sei eine Verneinung der wirklichen Aufgabe eines Gewervereins, das Tarifamt eine bürokratische Einrichtung, die dem Verbands jede Initiative benehme. Kollege Popfner fordert

auf, im Sinne der Berliner Beschlüsse bei der Wahl zu stimmen, denn was wir schaffen, solle für ganz Deutschland gelten und nicht nur für einzelne Orte, wie dies bei anderen Gewerkschaften der Fall. Kollege Hauschild acceptiert die Handlungsweise der Gehilfenvertreter, verwirft jedoch das zu schaffende Tarifamt. Kollege Truta schlägt die Gründung eines süddeutschen Verbandes vor, stößt aber damit auf allgemeinen Widerspruch. Folgende Resolution Hauschilds gelangt, nachdem sich noch mehrere Redner für und wider an der Debatte beteiligt, bei einiger Stimmhaltung zur Annahme: „Die Versammlung erklart in der gegen die Vereinstunfunktäre und die Gehilfenvertreter der Tarifkommission gerichteten gehässigen Kampfesweise des Herrn Gassch eine nach jeder Richtung hin schwere Schädigung unserer Organisation und bezeugt dessen Verhalten gegenüber der Gausvorsitzerkonferenz als eine Anmaßung, die dem Vereine die größten Opfer auferlegt und in der Geschichte der deutschen Gewerkschaften wohl vergebens ihresgleichen sucht! — Pflicht der bevorstehenden außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes muß es sein, auf Grund der Stuttgarter Resolution Mittel und Wege zu schaffen, derartige unerhörte Vorgänge für die Folge unmöglich zu machen.“ Die Romantierung der Kandidaten führt zu einer lebhaften Debatte, da sich die Versammlung über den Beschluß der Münchener Vertrauensmännerkonferenz, jede Mitgliedschaft solle sechs Kandidaten, gleichviel woher, aufstellen, nicht klar werden kann. Es wird beschloffen, die Wahl der Kollegen Kahle und Popfner-Augsburg, Weiswanger und Fiedler-Kürnberg, Seig und Rezhäuser-München zu empfehlen. — Bei Punkt 2 der Tagesordnung verteidigt Kollege Kahle den Beschluß der letzten Versammlung behufs Einführung des Obligatoriums des Corr. aus bekannten Gründen. Kollege Dignus erklart den Antrag hervorgegangen aus der jetzigen Haltung des Corr. und wünscht den Termin der Einführung solange verschoben, bis eine andre Schreibweise Platz greife. An der Debatte hierüber beteiligten sich noch mehrere Kollegen. Der Antrag wird bei ziemlich gelächelten Reiben mit 21 gegen 16 Stimmen abgelehnt, jedoch vom 1. Juli ab hierovis das Obligatorium perfekt wird. — Zur Wahl eines Schriftführers konnte es wegen der vorgeschrittenen Zeit nicht mehr kommen, worauf dann Schluß der Versammlung.

S-r. Bonn. Folgende Resolution wurde in der gestern abgehaltenen Bezirksversammlung zu Mayen einstimmig angenommen: „Die heute in Mayen tagende Bezirksversammlung des Bezirks Bonn erklart sich mit den sachlichen Ausführungen des Corr.-Redakteurs gegen die Tarifmaße einverstanden; bebauert dagegen, daß der Konflikt zwischen Böblin und Gassch einen solch unerquicklichen Charakter angenommen hat und spricht ihre Mißbilligung darüber aus, daß der Zentralvorstand mit den Gehilfenvertretern sich von den Prinzipalen düpierten ließ. (Ausführlicher Bericht folgt.)

Augsburg. Unter „Verbands-Nachrichten“ in Nr. 69 des Corr. ist eine Auslassung der Redaktion zu finden, in welcher unter Hinweis auf die bayerische Vertrauensmänner-Konferenz der Vorwurf erhoben wird, daß durch diese Konferenzen auf Grund der „von Berlin gelieferten Entstellungen“ der Redakteur des Corr. „abgeschlachtet“ und zugleich Bahnmache betrieben und dem Vorschlagsrechte der Mitglieder die Spitze abgebrochen werden solle. Unterzeichner muß diesem Vorwurfe, soweit er die bayerische Vertrauensmänner-Konferenz treffen soll, entschieden entgegenzutreten und kann nur konstatieren, daß keinerlei Beeinflussungsversuche gemacht wurden und daß Gausvorsitzer Seig sich ziemlich zurückhaltend zeigte, so wie keinerlei neues, etwa von Berlin stammendes Material gegen Gassch vordrachte. Die gefasste Resolution entsprang vielmehr der Initiative einzelner Teilnehmer an der Konferenz und stützt sich einzig und allein auf das genügend im Corr. selbst zu findende Material. Es wird wohl auch niemand behaupten wollen, daß Herr Gassch nicht genügend zum Worte gekommen sei. Vorschläge wurden von der Konferenz nicht gemacht, im Gegenteil jeder Schein der Beeinflussung ängstlich vermieden, was den nach Ansicht des Unterzeichneten recht unpraktischen Vorschlag zeitigte, jeder Mitgliedschaft anheimzugeben, selbständig sechs Kandidaten zu nominieren. Die Folge davon war, daß in Bayern drei- undzwanzig Kandidaten aufgestellt wurden. Es kann also nicht davon die Rede sein, daß dem Vorschlagsrechte der Mitglieder die Spitze abgebrochen oder daß irgend welche „niederträchtige Maulwurfsarbeit“ verrichtet worden sei.

Otto Kahle. Dresden. In betref der am 28. Mai hiersebst stattgefundenen Sitzung des Gesamtvorstandes, welche im Corr. als „Geheime Konferenz“ bezeichnet wurde, erklaren die Unterzeichneten, daß die Abhaltung der Verbandskonferenz vom Gesamtvorstande beschloffen und als Delegierte die Kollegen Reichenbach und Steinbrück gewählt wurden. Die Unterzeichneten erklaren ausdrücklich, daß sie in der Sitzung zugegen waren. — Dresden, 20. Juni 1896. W. Baummeister. Rob. Felz. Gustav Willner. G. Goll. Feinr. Hoppe. Herm. Ed. Horn. Paul Keller. Otto Marckner. Heinrich Richter. Richard Schaffrath. Ernst Schent. Richard Sübe. G. Tschirch. Otto Ullig. Feinr. Wendisch.

h. Donauwörth, 21. Juni. Die gestern stattgefundene Versammlung der hiesigen Mitgliedschaft beschloß die sich eingehend mit der jetzigen Lage. Im Laufe der Versammlung stellten sich sämtliche Anwesende auf den Standpunkt Böblins und der Gehilfenvertreter, deren Wirk-

samkeit voll und ganz anerkennend. Ganz besonders abfällige Kritik mußte sich Gassch gefallen lassen, dessen Gebahren in letzter Zeit nichts weniger als zweckdienlich bezeichnet wurde. Es wurde ausdrücklich betont, daß die Mitgliedschaft Donauwörth überzeugt ist von der ehrlichen Absichten und dem guten Willen der Verbandsleitung sowie der Gehilfenvertreter, nach Möglichkeit die Interessen der Gesamtheit zu vertreten und erwartet die Mitgliedschaft von der bevorstehenden Generalversammlung die Suspendierung Gassch's, der sich als Redakteur unserer Organe unmöglich gemacht hat. Bezüglich der Verdächtigung im Corr. Nr. 69, letzte Seite, selbstdruck, als wäre bei der Vertrauensmännerkonferenz das Vorschlagsrecht der Mitglieder zu den Generalversammlungs-Delegiertenwahlen beschnitten worden, sei konstatiert, daß die Versammlung der festen Ueberzeugung war, daß wohl noch nie das Vorschlagsrecht der Mitglieder so vollständig gewahrt wurde wie diesmal. Mit dem Wunsch, es mögen die jetzigen unerquicklichen Zustände innerhalb unserer Organisation mit der Generalversammlung ihren Abschluß finden, schloß die Versammlung. (Der Gausvorsitzerkonferenz habe ich unrecht gethan, als ich annahm, sie hätte die Parole ausgegeben, in Ortsvorsitzerkonferenzen Kandidaten aufzustellen und derartig dem Vorschlagsrechte der Mitglieder Gewalt anzutun. So unklug waren unsere braven Landräte und ihr Staatsmann nicht. Sie haben wie sich jetzt die Mitgliedschaften recht viele Vorschläge machen lassen, um die Stimmen zu zersplittern. Aber voraussichtlich fällt auch dieser Eric zu ihren Ungunsten aus. G.)

? Frankfurt a. M., 18. Juni. Anlässlich der noch immer hochgehenden Wogen des tariflichen Streites in unserer Gewerkschaft will ich mir erlauben, auf einen Punkt hinzuweisen, über den anscheinend noch wenig Klarheit herrscht. Herrn Gassch wird von gegnerischer Seite (auch in unserer letzten Bezirksversammlung vom 15. d. Mts. geschah dies seitens unsers Herrn Gausvorsitzers) vielfach der Vorwurf gemacht, daß er an den Tarif-Verhandlungen teilgenommen, sogar die „Maschinenmeisterklausel“ erlassen und weiter das schwere Verbrechen begangen habe, die einzelnen Paragraphen zu stilisieren. Da aber Herr Gassch meines Wissens kein „Gehilfenvertreter“ war, sondern nur als Vertreter der Corr.-Redaktion zugelassen wurde, also tatsächlich nur Gassch war, so scheint es mir, als wenn vom Zentralvorstand und den Gehilfenvertretern sich niemand für fähig gehalten hätte, die Stilisierung der einzelnen Paragraphen bezorgen zu können. Nun frage ich aber weiter, wenn unsere „Vertreter“ mit der Maschinenmeisterklausel und den von Gassch niedergeschriebenen Paragraphen nicht einverstanden waren, warum haben dieselben dann nicht energigig Front dagegen gemacht, sie abgeändert oder ganz und gar verworfen? Sie waren doch durchaus nicht verpflichtet, die Vorschläge von Gassch ohne weiteres anzunehmen! Wo waren denn unsere Herren Vertreter da? Haben sie vielleicht geschlafen oder sind sie damals ebenso blindlings Herrn Gassch gefolgt, wie sie und auch unsere werten Herrn Gausvorsitzer jetzt ohne weiteres dem Zentralvorstande folgen? Ich muß überhaupt offen stehen, daß die schöne Harmonie zwischen Zentralvorstand, Gehilfenvertretern, Gausvorsitzern, Bezirksvorständen und sonstigen Vorständen mir wirklich sehr merkwürdig vorkommt! Sollten diese Herren wirklich so ohne weiteres zu dieser seltenen Uebereinstimmung gekommen sein? Schreiber dieses, welcher den Correspondenten, namentlich seit Gassch am Ruder ist, stets gern und aufmerksam gelesen hat, wunderte sich allerdings auch darüber, daß Gassch das erbärmliche Resultat der Leipziger Abmachungen gutließ und zur Annahme empfahl; nachdem derselbe aber von der Bevormundung sich frei gemacht, seine wahre Gesinnung wieder zum Ausdruck gebracht und der Gehilfenerschaft klaren Wein eingegossen hat, muß ich bekennen, daß ich nach wie vor unentwegt auf der Seite des Kollegen Gassch stehe! Weiter will ich noch auf einen Auspruch zurückkommen, der mir dieser Tage hier zu Ohren kam, und der jedenfalls auch in anderen großen Städten vielfach angemannt werden dürfte. Es wurde nämlich gesagt, daß es meistens nur junge Kollegen, die noch nichts durchgemacht, noch keinen Streit mitgemacht hätten, wären, welche dem Verhalten des Kollegen Gassch zustimmten. Nun, Schreiber dieser Zeilen kann sich „leider“ nicht mehr zu den sogenannten „Grünshäuteln“ rechnen, da er dem „Schwabenthaler“ ziemlich nahe steht; daß derselbe sich ein Urteil in Verbandsangelegenheiten erlauben darf, werden jene Herren wohl zugeben, wenn sie hören, daß der Schreiber dem Verbands der Deutschen Buchdrucker seit 20 Jahren ununterbrochen angehört, weiter kann ich noch verraten, daß ich auch nicht zu den sogenannten „Schreibern“ gehöre, denn ich bin im Gegenteil immer ziemlich still in unseren Versammlungen! Der Auspruch, daß es meistens junge Kollegen sind, mag ja für Frankfurt teilweise zutreffen; daß aber diese Kollegen wegen ihrer Jugend nicht urteilsfähig sind und nur der großen Masse nachlaufen, kann ich durchaus nicht zugeben! Eher könnte ich den hiesigen älteren Kollegen den Vorwurf machen, daß sie alles, was von oben resp. dem Vorstand kommt, unbedenken gutheissen! Wer die Jugend für sich hat, dem gehört die Zukunft! Im übrigen sind auch hiersebst viele ältere Kollegen vorhanden, welche dem Verhalten Gassch's vollständig beistimmen, wenn sie auch diese ihre Gesinnung nicht offen bekennen. Weiter möchte ich jene Herren, welche den Auspruch von den jungen Kollegen thun, fragen, wie es denn mit jenen hunderten von Kollegen sieht, welche

in Berlin, Hamburg, Leipzig, Dresden usw. sich mit dem Borgehen Gajch's einverstanden erklärt haben, ob das auch nur lauter junge Kollegen gewesen sind? Ich glaube kaum, daß jene Herren dies behaupten werden. Man kann wohl annehmen, daß unter den vielen tausenden von Kollegen, welche sich für Gajch erklärt haben, mindestens die Hälfte oder vielleicht auch noch mehr ältere und verheiratete Kollegen sind. Also mit solchen Märgen können die Herren keine Stimmung für sich machen! Was die Wahlen zu unseren Generalversammlungen, zu Gautagen, zu Vorstandsmitteln u. dergl. betrifft, so stehe ich vollständig auf dem Standpunkt des Kollegen Arentschew-Berlin, da auch ich es für wünschenswert erachte, daß soviel wie möglich öfter einmal frisches Blut dazwischen kommt und man nicht immer und ewig an ein und denselben Personen kleben bleibt! Ich kann durchaus nicht begreifen, warum zu Generalversammlungen, Gautagen u. dergl. hauptsächlich immer nur Vorstandsmittglieder gewählt werden müssen, es sieht das wahrhaftig aus, als wenn diese Herren allein die Weisheit gepachtet hätten und die große Masse der Mitglieder lauter Einfaltspinsel wären.

Göttingen. Bezirksversammlung vom Sonntag dem 20. d. M. Vorsitzender Vornemann referierte über die in Hannover stattgefundene Bezirksvorsteherkonferenz. Im Anschlusse hieran wurden die jetzigen Zustände innerhalb der Organisation noch einmal näher besprochen. Eine Resolution wurde nicht eingebracht in der Voraussetzung, daß die demnächst stattfindende Generalversammlung in Halle wohl volle Klarheit bringen werde. Als Kandidaten zu dieser Generalversammlung wurden aufgestellt und einstimmig angenommen: Klapproth und Hartwig (Hannover), Schwetteje (Braunschweig) und Vornemann (Göttingen). Die Versammlung ging davon aus, daß beide Parteien vertreten sein müßten. — Zum Schlusse wurde des heute stattfindenden fünfundsiebzigjährigen Jubiläums Klapproth's in Hannover als Gauvorstandsmittglied gedacht und der Vorsitzende ermächtigt, ein Glückwunsch-Telegramm an den Jubilar abzuschicken.

Wlogau, 18. Juni. (Erklärung.) Auf meinen Artikel hat Herr Gajch sich mit meiner Person in ausgedehntester Weise beschäftigt; wie indes Herr Gajch auf den Gedanken kommt, daß ich durchblicken ließ, seine persönlichen Angriffe zu fürchten, ist mir unverständlich, wenn er nicht anderes, wie gesehen, gegen mich vorbringen kann; damit ist seine Absicht, mich persönlich herunter zu hängen und als einen Gesinnungslump hinzustellen, noch nicht erreicht. Aus dem Umstande, daß ich nach meiner Thätigkeit als Vereinsfunktionär mit dem Zentralvorstande noch in gewisser freundschaftlicher Fühlung geblieben, die auf Vereinsangelegenheiten doch ohne jeden Einfluß war, will mir Herr Gajch einen Strich drehen, der dazu dienen soll, mich mit den andern Vereinsverbrechern zu hängen. Demgegenüber erkläre ich, daß ich, wie andere neben mir, auch mit dem Stuttgarter Vorstande nach dessen Abtritt in brieslichem Verkehr geblieben, und daß ich auch heute noch mit Herrn Härtel in freundschaftlichem Briefwechsel stehe, — alles Beziehungen, die geblieben sind aus früherem vereinsgesellschaftlichen Verkehr. Daß man mich ferner zum Sündenbock macht für die mißglückte 1891er Bewegung, diese Erkenntnis ist Herr Gajch, wie es scheint, sehr spät gekommen. Erwidern will ich hierauf nur, daß die Breslauer Kollegen nicht auf jenes Birkular des Hauptvorstandes, das mir momentan gar nicht mehr in Erinnerung ist, den Ausfluß aufhoben, sondern auf Grund von Nachrichten, daß Berlin usw. kapituliert hätten. Erwiesen sich diese Nachrichten aus später als verfrüht, so ist es demgegenüber Thatsache, daß die Kollegen in Breslau sich nicht erst an diesem Tage, sondern lange vorher als verloren betrachteten mußten. Vermöge unsrer Kontrolle über die Zugereisten, die wir durch die Mitgliederliste der örtlichen Krankenkasse führten, wußten die Breslauer Führer, daß wir an Zahl der Streikbrecher so gut wie erreicht waren. Briefe, die nach Berlin gingen, empfingen als Antwort, daß ein weiteres Ausschalten der Allgemeinheit wegen von Nutzen sei. Ich habe nichts unterlassen, was zur Förderung dieses Wunsches geeignet, aber ich wußte an jenem Abend, daß meine lebhafteste Anstrengung ihren Zweck nicht mehr erreichen und einen Abfall der Mehrheit nicht mehr aufhalten konnte. Wie schwer es mir geworden, dies einzugehen, darauf wird sich vielleicht noch mancher meiner Breslauer Kollegen entsinnen können. Trotzdem ich — nach Gajch — nicht zu den Radikalen gehört, habe ich meine Pflicht in vollstem Maße getan, wie ja auch das Beschäftigen des Staatsanwalts mit meiner Person vielleicht auch für Herrn Gajch ein wenn auch nicht vollständiger Beweis sein wird. Uebrigens ergab eine kombinierte Sitzung am 1. Januar 1892, daß Berlin, Hannover, und — irre ich nicht — auch Hamburg sich ebenfalls als erdrückt erklärten. Leipzig focht auch nur noch einen Verzweiflungskampf, wie aus den damaligen Ausführungen Nidels mir scheinen wollte. Daß diese Kollegenkreise dennoch weiter ausblieben, mag ihnen zu ehrender Anerkennung gereichen; daß aber auch ohne die Hasenherzen von Breslauer Kollegen die Sache verloren war, ging bereits aus dieser Unterredung hervor, und deshalb meine ich, war es zwecklos, weiter zu kämpfen. Das Unternehmertum hatte sich eben als der stärkere Teil erwiesen. Daß Breslauer Kollegen durch Adreise die Situation anderer noch kämpfender Kreise zu deren Ungunsten verschoben hätten, dafür dürfte ein Beweis schwer werden, denn wir haben mit den äußersten Mitteln die Kollegen am Platze festzuhalten gesucht. Daß ich das Verhalten der Leipziger Kollegen den Prinzipalen gegen-

über vor der 1891er Bewegung und auch nachher manchmal verurteilt habe, gebe ich gern zu, weil ich von der Ueberzeugung ausgehe, daß „alzu scharf scharf macht“ und Herr Gajch auch noch nicht den Beweis erbracht hat, daß mit übertriebenen radikalen Auftreten etwas vorteilhaftes für die Geheilsenschaft herauskommt, auch die Leipziger Kollegen damit nichts weniger als gewonnen hat. Wir aber imputieren zu wollen, daß ich dies aus lauter Freundschaft zu Döblin gethan, beweist das Bestreben Gajch's, seine Meinungsgegner unter allen Umständen verächtlich zu machen. Wenn nun jetzt unsere früheren radikalen Führer, z. B. Leipzigs, in das gemäßigtere Lager abgewandert sind, so halte ich diese nicht für so wankelmütig, sich von Döblin bekehren zu lassen, sondern vielmehr für so vernünftig, aus der Bewegung und ihrer Amtierung gelernt zu haben. Dieser Einsicht entsprang auch mein Artikel „Zur Tarifsbewegung“, den Herr Gajch so freundlich ist, jetzt so veröffentlicht. Ich habe von diesem nichts zurückzunehmen, stehe vielmehr noch auf demselben Standpunkte, weil die hinter uns liegende Beratung und deren Folgezustand die Richtigkeit meiner Ansicht bestätigen, zum mindesten nicht aufheben. Daß der Artikel mit dem „Trompetenton Gajch's“ in Mißklang stand, gebe ich zu, ebenso unharmonisch zu diesem Trompetenton aber verhielt sich das Nachgeben jener Geheilsentzwei, die erst-malig nur ausdrücklich auf Zugeständnis des Reunfundentages von einer weiteren Beratung in Tariffachen etwas wissen wollten, und schließlich doch sich mit der halben Stunde zufrieden gaben; was man einmal als so unbedingt minimale Forderung aufstellt, muß man dann auch durchzuführen willens und im Stande sein. Daß dies nicht gesehen und gesehen konnte, hat sicher den Prinzipalen keinen besondern Respekt eingeblüht. Und bei diesem „Abblasen“ war Herr Gajch doch wohl auch beteiligt, der zumeist jene vorausgehenden schmetternden Kriegsfanfaren ertönen ließ; ich habe aber nicht gehört, daß diese letzteren wiederum ertönten, als nach erfolgter Ablehnung des Reunfundentages begründete Veranlassung — analog seiner früheren Aufmunterung — hierzu vorlag. Was des fernern jene Verbächtigung anbelangt, als hätte ich aus der Freundschaft mit den Hauptvorstandsmittgliedern Kapital für mich schlagen wollen, so verstehe ich eine derartige Ansicht nicht, denn dann wäre jeder freundschaftliche Verkehr untereinander lediglich auf Eigennutz begründet. Wie wenig aber gerade der Hauptvorstand, als Vertreter der bestgeeigneten Organisation in Prinzipalstreifen, im Stand ist, da oder dort für den einen oder andern eine feste Brücke in beruflicher Stellung zu verschaffen, ist wohl klar ersichtlich; „Stellenjäger“ — als solchen illustriert mich Gajch — hätten somit bei dem Hauptvorstand auf Sand gebaut. Was nun meine Finaussichtnahme als zweiter Corr.-Redakteur betrifft, so erkläre ich, daß mir noch mit keiner Silbe ein derartiger Antrag vom Vorstand oder sonst einer andern Person gestellt worden; ebenso erfuhr ich durch Gajch zum erstenmale, daß ich überhaupt hierzu vorge schlagen. Herr Härtel erwähnte in einem Schreiben an mich zwar einmal, daß es besser wäre, der Vorstand brächte mich für den zweiten Redakteurposten, als für die Bremer Druckeret in Vorschlag, ich habe aber hierauf in meinem nächsten Schreiben nicht geantwortet, weil ich diesen Ausdruck lediglich als eine persönliche gute Meinung Härtel's ansah. (Ich bedauere übrigens die hiermit begangene Indiskretion, mußte aber damit vorgehen, um nicht Gajch Gelegenheit zu geben, beweisen zu wollen, daß ich darum gewußt habe.) Meine Inställung in Bremen betreffend will ich nur erklären, daß ich niemandem Veranlassung gegeben, mich für diese oder eine ähnliche Stellung in Aussicht zu nehmen; in meiner jahrelangen, wenn auch seltenen Korrespondenz mit dem Hauptvorstande befindet sich auch nicht ein einziges Mal die leiseste Andeutung hierfür. Ob aber gerade dieser Bremer Platz eine so begehrteste Brücke sein dürfte, ist mir aus den erhaltenen Ausführungen nicht ersichtlich; zum mindesten war für mich eine Gehaltsaufbesserung damit nicht verbunden. Die Gründe, die mich zur eventuellen Annahme der Stellung veranlaßt haben würden, hier zu nennen, halte ich der Deffentlichkeit gegenüber nicht für angebracht. Aber ich bin überzeugt, daß keiner an meiner Stelle anders gehandelt haben würde. Meine „gemächliche“ Stellung hier betreffend will ich Herrn Gajch anvertrauen, daß ich mich in einem konser-vativen Geschäft befinde, das alljährlich seines Setzungs-unternehmens wegen mit einer Unterbilanz von mehreren tausend Mark, arbeitet, das aber dennoch vollständig tarifliche Zustände in der Beziehung sowohl wie in der Begehrtsuch aufweist, ohne sonstige sichere Fundationen oder unverletzliche Geldquellen aufzuweisen. Nüchtern urteilende Kollegen werden hieraus die Ueberzeugung gewinnen, wie schwer und wenig angenehm meine Vertrauensstellung ist und wie stark das Rückgrat sein muß, um dem Vereine sowohl als dem Tarife die Druckeret nicht nur zu erstrecken, sondern auch zu erhalten. Ein Wechsel in der Bestimmung würde mir freilich zu einer „gemächlichen“ Stellung eher verhelfen. Wohin aus Herr Gajch mit seinen Thaten aus meinem Briefe will, ist mir unverständlich; ich will hierauf auch nicht weiter eingehen; jedenfalls ist der Inhalt jenes Schreibens meiner Bestimmung nicht zuwiderlaufend. Der Briefkastennotiz Wenige zu thun sehe ich mich in so kurzer Zeit freilich außer Stande, werde mir aber Mühe geben, so schnell als möglich Herrn Gajch zu befriedigen.

Sollte ich in meinem Urteile zu hart gewesen sein, bin ich gern bereit, begangenen Irrtum einzusehen; von einer Böswilligkeit kann absolut keine Rede sein. Meiner der Vorwurf „gemeiner Verleumdung“ paralytisch nicht bereits vollkommen mit der Absicht Gajch's, in seinen Ausführungen über mich, die ich in vorstehendem auf ihren eigentlichen Wert zurückgeführt habe, daselbe zu thun. Schließlich erkläre ich, seit Beginn der Bewegung an den Hauptvorstand nur zwei Schreiben gerichtet zu haben; das erste enthielt meine Ansicht analog dem Artikel „Zur Tarifsbewegung“, das zweite einen Protest gegen die Schreibweise Gajch's und von beiden Schreiben fand nur das erstere eine Beantwortung; sonst ist mir weder früher noch jetzt — also außer meiner Amtierungszeit — etwas zu Händen gekommen, was mich zum „Eingeweihten“ gemacht hätte. Die Intimität zwischen Döblin und mir bestand in einem jährlich auf zwei bis drei Briefe sich beziehenden Verkehr. Paul Schliebs. (Die nativen Meinungsäußerungen und zugleich Bestätigungen des Hrn. Schliebs sind rührend. Seine angekommene Freundschaft zu allen Verbandspartnern ist famos; sie erstreckte sich ja auch auf den urpöblich „übertrieben radikalen“ Redakteur, war aber unecht. Herr Schliebs hat nach seinem Entschuldigungsschreiben an uns vom 5. Januar 1892 wohl auf das Vorstandsbirkular hin den Streit aufgehoben; bei den vielen Lügennachrichten über den Streit durfte er auch nicht auf eine falsche, ohne sich am Orte zu erkundigen, hineinfallen; Herr Ester hat seiner Zeit auch erklärt, der Vorstand habe die Birkulare überall zurückgezogen, nur Breslau habe er — vergessen! Zwecks Stimmensang schiebt mir Schliebs unter, die Breslauer Kollegen als „Hasenherzen“ zu betrachten, ich hatte es aber nur mit ihrem einstigen Führer zu thun. Der „Trompetenton“ ist Eigentum seines Vusen-freundes Döblin; daß den Prinzipalen kein Respekt mit der „Durchführung“ eingeblüht wurde, das ist ja gerade Döblin's Verdienst; der Vorwurf, daß der Redakteur dem Befehle zum Abblasen gehorcht, bestärkt die Vermutung, als hätte man gern einen Streit auf dessen Kappe gehabt, um ihn zu verlernen und den Urheber dann abzutun. Herr Schliebs, zum Beweise des dem Corr. vorgeworfenen „Wechselspiels in politischer Gesinnung“ aufgefordert, verweist sich mit leeren Händen. Auch die Praxis eines Ehrengemannes, in einem kritischen Moment vergiftete Pfeile zu schleudern und hinterher zu behaupten: es war nicht böse gemeint. Herr Härtel wird gewiß die zweibeutige Mittelung öffentlich aufklären. Im ganzen hat Herr Schliebs erfreulicherweise seinen scharfen Ton sehr herabgestimmt. Gajch.)

A. Hamburg. (Zur Generalversammlung.) Die Würfel sind gefallen! Durch das energische Auftreten der Geheilsenschaft ist der Vorstand gezwungen worden, die Gleichberechtigung der Geheilsorganisation mit der Prinzipalorganisation bei der Festsetzung des Tarifs durch eine indirekte Urabstimmung, durch Einberufung einer Generalversammlung anzuerkennen. Ist es nicht eine Beschämung für eine Organisation, welche fast Zweidrittel aller Berufsangehörigen im Land umfaßt, wenn ihre nur nominell aus der Allgemeinheit, in Wirklichkeit aber von der Organisation gewählten Vertreter einer Bestimmung zustimmen, laut welcher sich die Unternehmer eine nochmalige Abstimmung über den Tarif vorbehalten? Und wenn der Vorstand sich und die Geheilsvertreter damit reinwaschen will, daß der D. B. B. infolge seines Status berechtigt ist zu verlangen, daß ihm die Tariff-abmachungen erst zur Begutachtung vorgelegt werden, so ist dies ein mißglückter Versuch angeht der Thatsache, daß die Geheilsvertreter bei der anerkannten Gleichberechtigung der Geheilsorganisation mit der Unternehmerorganisation nicht den Mut fanden, die von den Prinzipalen geforderte Begutachtung auch als Recht für die Geheils zu fordern, „um des lieben Friedens willen“. War denn den Geheilsvertretern bei ihrer Zustimmung zum Gesamtarif auch schon die Gewissheit gegeben, daß die Mitglieder des Prinzipalvereins sich den Beschüssen der begutachtenden Generalversammlung fügen würden? Nach dem 1891er Streit hat sich ja der D. B. B. einen eignen Tarif zurecht gemacht — in wie vielen Druckereten aber wird er innegehalten? Haben denn die Geheilsvertreter gar nichts davon gesehen, daß, wie auch anderwärts, die Prinzipale Rheinlands sich höchlichst darüber entrüstet haben, daß ihr Vertreter überhaupt nur der Prinzipienfrage auf Anerkennung des Tarifs auf der Vorversammlung zugestimmen sich erlaubte: Haben doch sogar die Dresdener Prinzipale beschlossen, den von der Generalversammlung angenommenen Tarif zu bezahlen, ihn aber vorher einer nochmaligen Durchsicht zu unterwerfen. Haben denn die Prinzipale schon einmal den ersten Willen gezeigt, ihr schon seit langen Jahren gegebenes Wort auf Wuthilfe bei Einführung des Tarifs einzulösen? Das alles sind Fragen, welche sich hätten die Geheilsvertreter vorlegen müssen, ehe sie sich in so bedeutenden Fragen wie Tariffgemeinschaft, fünf-jährige Dauer usw. banden. Und doch erhob sich keine Stimme dafür, daß auch die Geheils das Recht hätten, vor weiteren Verhandlungen zu erklären, ob sie mit dem neugeordneten Tarife zufrieden sein wollten! Aber dafür sind sie ja auch nur Arbeiter, wenn sie auch eine starke und prinzipalseitig als gleichberechtigter Faktor anerkannte Organisation besitzen. Welche Ehre für uns! Und was haben uns nun diese Verhandlungen gebracht? Nominell eine einstufige Arbeitszeitverlängerung, thatsächlich aber doch nur eine halbstündige, denn die Berechnung der Frühstücks- und Vesperpause außerhalb der Arbeits-

zeit war bei den Buchdruckerarbeitern bis dahin noch nicht Mode und diese seine Unterstellung hat in vielen Geschäften nur dahin geführt, die Arbeiter unter Verleugnung der üblichen Pausen dieselbe Zeit im Geschäft zu behalten wie vormals. Was haben diese nun durch die Arbeitszeitverkürzung gewonnen? Was haben die Kollegen in Städten unter 20000 Einwohnern verbrochen, daß sie ganz leer ausgehen? Die Vertretung auf das Recht, daß diese Gesellen Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit stellen können und das Tarifamt dann die Verhältnisse untersuchen und billigen Wünschen entgegenkommen werde, wenn sich auch die Majorität der Prinzipale des betreffenden Ortes dafür erklärt, ist doch nur als schlechter Scherz aufzufassen. Wenn nun nach Abschluß der Verhandlungen die Gesellen über das Ergebnis enttäuscht sind und ihren Vertretern nicht gerade sanfte Worte zu hören geben, so ist das nicht zu verwundern, nachdem die Gesellenvertreter dergleichen Male erklärt hatten, daß sie mit allen Kräften für Durchführung der Gesellenforderungen eintreten und dafür die Verantwortung übernehmen wollten. Wenn nun die Gesellen ihre Vertreter für ihr schwächliches Verhalten die Verantwortung schieben lassen, so sind letztere doch selbst Schuld daran. In allen Versammlungen war ihnen als Diktator die Forderung der neunstündigen Arbeitszeit einschließlich Frühstück und Besper als selbstverständlich neben einjähriger Gültigkeitsdauer des Tarifs mitgegeben worden. Wenn in dieser Beziehung nichts zu erreichen war, so hätten sie jedenfalls besser getan, wenn sie nach Kenntnisnahme der Bewilligungslust der Prinzipale nach Hause geeilt wären und es ihren Auftraggebern überlassen hätten, sich über das Gebotene schlüssig zu machen. Daß die Prinzipale mit den neuen Bestimmungen sehr zufrieden sind, zeigt ihre jubelnde einstimmige Zustimmung auf der Generalversammlung, sie ist aber zugleich ein Beweis dafür, daß für die Gesellen dabei so gut wie gar nichts herausgesprungen ist. Es gilt nun, zur jetzigen Generalversammlung des Verbandes nur solche Kollegen zu wählen, welche sich der dem Verbande drohenden Gefahren vollkommen bewußt sind. Nachdem wir Gavoursteherkonferenzen in Form von Generalversammlungen mit Zulassung anderer Kollegen und solche ohne diese „Vergünstigung“ zur Genüge gehabt, möge die jetzige Generalversammlung eine Zusammenkunft der Gesamtheit der Kollegschaft sein. Darum, Kollegen, wählt Männer, welche mitten in der Kollegschaft stehen und deren Freud und Leid teilen müssen, Männer, welchen es nicht um das Liebeslächeln eines Prinzipals, sondern um die Achtung ihrer Kollegen und Durchführung ihrer Beschlüsse zu thun ist.

-eck-Hamburg, 18. Juni. (Zur bevorstehenden Delegiertenwahl.) Schweren Herzens und mit einem gewissen Widerstreben gehen wir jetzt an die Delegiertenwahl heran. Wir sollen Kollegen entsenden zu einer Generalversammlung, die den jetzt bestehenden unheilvollen Konflikt zwischen unserer Corr. Redaktion, dem Zentralvorstand und den Gesellenvertretern zum Tarifausschuss untersuchen bzw. beilegen soll. Da sollte man nun meinen, es wäre ureigenste Sache der Mitglieder, sich selbst ihre Kandidaten zu wählen und den Kollegen ihre Stimmen zuzuwenden, die sie ihres Vertrauens für würdig erachten. Das werden die Mitglieder doch wohl wohl und ganz für sich beanspruchen dürfen. Wir wollen keine Wohlbeeinflussung, weder von der einen noch von der andern Seite. Wie soll man es aber nennen, wenn der Corr.-Redakteur in seinem Artikel „Die Gavoursteherkonferenz in Berlin. Fünfundzwanzig gegen Einen“ am Schluß die Parole ausgibt, daß ja kein Gavourstehrer zum Delegierten gewählt werden dürfe, da diese ja vorgekommen sein könnten. Nicht das nicht stark nach Bedorragung, nach Beeinflussung? Wenn Herr Gach eine wirklich gerechte Sache aus wirklich reinen, lauterer Motiven vertritt, dann muß es ihm einerlei sein, welchen Kollegen die Mandate übertragen werden. Die Delegierten werden doch nicht etwa gewählt, weil sie zufällig Gavourstehrer sind oder sonst irgend ein Amt in einer Gavourverwaltung bekleiden. Bei der Wahl zu ihrem Amte bekunden die Mitglieder diesen Leuten ihr volles Vertrauen und jetzt sollen letztere durch Verpflanzung auf den Hotterschemel in einen Ausnahmezustand versetzt, zu Mitgliedern zweiter Klasse degradiert werden. Das einfache natürliche Gerechtigkeitsgefühl verlangt, daß man den Mitgliedern das Wahlrecht unbeeinträchtigt überläßt und es nicht dadurch zu beschneiden sucht, daß man den Wahlboykott über Kollegen verhängt, weil sie Gavourstehrer oder Gaurbeamte sind. — Weiter ist es wohl nicht mehr wie recht und billig, daß die Gesellenvertreter, sowie ihnen kein Delegiertenmandat übertragen wird, zur Generalversammlung extra eingeladen werden, denn wenn dieselben dort angegriffen werden sollten, müssen sie doch auch Gelegenheit erhalten, sich an Ort und Stelle zu rechtfertigen. — Zuletzt möchte Schreiber dieses noch bemängeln, daß den Delegierten gebundenes Mandat erteilt werden soll. Durch die Forderung tritt stets manche Klärung hervor, durch die sich schon manche Meinung gebildet hat. Es ist doch früher vorgekommen, daß auf einer Generalversammlung selbst eines Delegierten erklärt wurde: „Ich bin hier eines andern befehligt worden, muß aber meinem Mandat gemäß stimmen“. Durch die gebundenen Mandate werden die Delegierten zu Abstimmungsautomaten herabgewürdigt und diese nicht beneidenswerte Rolle können nur Leute übernehmen, die um jeden Preis ein Mandat haben möchten. Die ganze kostspielige Versammlung könnte dann lieber vermieden und die ledige Streitfrage durch Korrespon-

denzen erledigt werden; denn wozu lange Auseinandersetzungen, wenn die Delegierten doch nicht anders abstimmen dürfen, wie ihnen vorschrieben ist; es genügt, daß dieselben die ungefähre Willensmeinung ihres Gaches kennen. Wer selbst für Freiheit schwärmt, möge sie auch andern nicht verkümmern. Darum, Kollegen, laßt euch nicht durch radikal klingenden Sirenenklang anziehen, sondern wähle ein jeder die Leute frei und unbeeinträchtigt, die er allein für vertrauenswürdig hält. Die Delegierten sollen nicht dem Zentralvorstand, aber erst recht nicht dem Corr.-Redakteur gefällig sein. Also weg mit jeder Bevormundung, sie ist wirklich ernst denkender Männer unwürdig.

Hamburg. (Zur Wahl!) Anfang dieser Woche wurde hier von einigen „wohlwollenden“ Kollegen ein Zirkular erlassen, das die Kollegen Hamburgs auffordert, Delegierte mit reifem Urteil für die Generalversammlung zu wählen und drei Herren als solche vorschlägt. Das klingt gerade so, als ob die in der Versammlung aufgestellten Kandidaten eines reifen Urteils nicht fähig wären. Wenn man nun aber die Beschlüsse der letzten beiden Versammlungen in Hamburg und den Meinungen dieser Zirkularherren gegenüberstellt, so wird man finden, daß dieselben ganz entgegengesetzter Richtung sind. Es ist wirklich unbegreiflich, daß den Hamburger Kollegen zugemutet wird, sich wieder dagegen zu stimmen, was sie in zwei Versammlungen fast einstimmig beschlossen haben, nämlich für Herrn Gach einzutreten. Und diese Beschlüsse der Hamburger Kollegschaft halte ich für vollkommen korrekt, da wir es lediglich Herrn Gach zu verdanken, daß wir jetzt einen richtigen Einblick in die Tarifabmachungen bekommen haben. Denn ohne das energische Vorgehen desselben wäre die Sache ihren alten Schandrian weiter gegangen und wir so lange in der Dummheit erhalten worden, bis es zu spät gewesen. Was alle Opposition bis dahin genützt hat, das haben wir ja zur Genüge gesehen.

Leipzig. Besuß: Aufstellung von Kandidaten und Stellung von Anträgen zur Generalversammlung fanden hier selbst am Montag zwei Versammlungen statt. In der in der Zentralfalle stattgefundenen Versammlung der Einzelmitglieder des Verbandes waren 650 Personen anwesend. Kollege Kreislin eröffnete dieselbe und gibt zunächst bekannt, daß von unbekannter Seite anaristische Flugblätter auf die Tische gelegt worden sind, jedenfalls um die Versammlung zu distrahieren. Er erklärt ausdrücklich, daß wir damit nichts zu thun haben und wohl alle Anwesenden in der Verwerfung dieser Mittel einig wären. Schneider als Vorsitzender gibt als Grund zur Einberufung dieser Versammlung an, daß zu der vom Vertrauensmann Nibel einberufenen auch Nichtmitglieder mit eingeladen worden sind, obwohl es sich doch ausschließlich um Verbandsangelegenheiten handelt. Lautenschach als Referent: Die Bogen des Kampfes der Meinungen sind innerhalb unserer Organisation noch nie so hoch gegangen, als jetzt. Er läßt die Geschichte der gegenwärtigen Bewegung in kurzen Zügen Revue passieren, betont, daß unsere Vertreter strikte gegen den Willen der Mitglieder gehandelt haben. Obwohl die übergroße Mehrzahl der Kollegen dieselben zur Niederlegung ihrer Mandate aufgefordert, haben sie den Tarif in den letzten Tagen noch in Berlin festgelegt. (Psittuce.) Wir wollen Verhandlungen mit den Prinzipalen, aber keine Festsellung auf Jahre hinaus. Zur Generalversammlung sind Delegierte zu senden, welche nur den Willen der Mitglieder als oberstes Geheiß anerkennen. Wir wollen nicht frivol streifen, aber festen Schrittes auf unser Ziel losmarschieren. (Rauschender Beifall.) Dehne wendet sich dagegen, daß wir einen Keil in die Gesellschafter getrieben, diese Vorwürfe sind für ängstliche Gemüter berechnet. Wir wollen uns nicht nur dazu hergeben, Strohschneer anzufachen, sondern unser Ziel wirklich erreichen, ohne uns zu Werkzeugen für lästige Pläne herzugeben. Auch die Gesellenleitung klammert sich gegen den Willen der Mitglieder an ihre Klemmer. Reichel erklärt sich mit Lautenschach einverstanden, bebauert aber die Einberufung der zweiten Versammlung. Er hätte die Einberufung dieser auf einen andern Tag für richtiger gehalten. Schindler wendet sich gegen Reichel. Die deutsche Kollegschaft ist einig, nur Zentral- und Gavourstände treiben einen Keil hinein. Dieselben hatten die Pflicht, uns rechtzeitig aufzuklären, aber keiner hat es getan. Kreislin: Es ist eine Strafe von Nibel, wenn er schreibt, die soziale Frage könne nicht mit Rosendil gelöst werden. Wir sind das konservative Element, denn wir wollen die Ertrugenschaft des letzten Streiks, die Befestigung der Tarifgemeinschaft, erhalten. Er stellt ebenfalls fest, daß die Uneinigkeit, soweit sie besteht, nur von seiten der Gesellenleitung hervorgerufen worden ist. Die Prinzipale seien jetzt nicht die lachenden Dritten, da sie durch unsere Opposition nicht profitieren, sondern dieselbe fürchten. Er führt an, wie ein Prinzipal aufgefordert habe, die Flugblätter Nibels zu verteilen (Beifall). Hoffmann: Die „Schindlerer“, wie sie jetzt mit der Gesellschafter getrieben werden, sind lange geplant. Die Vertreter haben sich gegen uns mit den Prinzipalen verbündet und wollen uns jetzt mit Einführung des neuen Tarifs am 1. Juli tödnen. Es sei selbstverständlich, daß diesmal nur Kollegen gewählt würden, die strikte Gegner jeder Tarifgemeinschaft seien. Als ebenso selbstverständlich halte er es, daß mit dem Fallen dieser auch die Urheber des Projekts, der Zentralvorstand, ihrer Wege gehen müsse. Frei müsse die Organisation sein (Beifall). Tanneberger: Die Freude der Prinzipale an den Reberien sei klein, größer dagegen diejenige an der Tariforgani-

ation. Redner geht des näheren auf die Schädlichkeit derselben ein. Das Verfolgen der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit bedeute den Ruin der betreffenden Arbeiterorganisation. Döblin sei nur persönlich, aber nicht sachlich. Er fordert schließlich ein auf demokratischer Grundlage beruhendes Programm mit Referendum für die Mitglieder (Beifall). Gach: Nibel habe in der letzten Versammlung, kurz vor der Berliner Festlegung des Tarifs mit großer Emphase den Tarif als begraben erklärt, obwohl er wissen mußte, wie es damit steht. Trotzdem er in steter Verbindung mit den Tarifmachern gestanden habe, und genau wußte, daß die Sitzung am 17. Juni doch stattfinden würde, erklärte er die ganze Tariffrage einige Tage vorher für tot. Das sei doch ein Beweis der Unglaubwürdigkeit dieses Mannes. Der Zentralvorstand habe selbst auf der Leipziger Kollegschaft Holz gehackt. Stets sei die Leipziger Kollegschaft nach seiner Meinung der Friedensstörer gewesen, die Leitung der Leipziger Kollegschaft nicht besonders befähigt. Dies alles und noch mehr könne durch Beweise belegt werden. Die Leipziger Leiter und vor allen Nibel hatten Döblin stets wegen seiner Programmlosigkeit bekämpft, jetzt dagegen erklärt dieser ihn als den besten Führer, der je an der Spitze einer Organisation gestanden habe (Lachen). Döblin hätte den kgl. preuß. Gewerbeverein aus der Taufe gehoben, die Leipziger haben dies damals bekämpft. Döblin habe stets mit der Polizei und dem Prinzipalen Verbindung gehabt usw. All dieses würde bewiesen werden. In ellenlangen Briefen habe er die Arbeiterbewegung bekämpft. In letzter Zeit habe er zur Zäufung einen Gesinnungswechsel hervorgekehrt. Wenn Döblin einen Brief des Redners veröffentlicht habe, um ihn Lügen zu zeigen, so beweise dieser aber nur, daß er über die scheinbare Umkehr Döblins erfreut gewesen sei, als er diesen schrieb. Döblin würde sich büßen, die ganze Reihe von Briefen, in denen Redner ihn fortgesetzt der Stroh-Dunderei zeigt, zu veröffentlichen. Die Komparsat Döblins sei nicht offen, stets und immer wieder stelle er Lügen und schon widerlegte Behauptungen auf. Die Tarifgemeinschaft müsse fallen, sonst sei die Organisation tot. Redner führt dann noch die Freude des Leipziger Tageblattes über den Tarif an, die doch wohl am besten beweise, daß die Ertrugenschaften für die Kollegschaft kein Erfolg, sondern ein unerträglich Schaden seien. Es wäre undenkbar, daß Blätter, die dem reinen Unternehmertum Standpunkte dienen, über wirkliche Erfolge für die Besserung der sozialen Lage der Arbeiter sich freuen sollten. Darum müsse die Tarifgemeinschaft weg (Lebhafter Beifall). Hierauf wird die folgende Resolution Dehne einstimmig angenommen: „Die Versammlung beauftragt die von ihr aufgestellten Kandidaten zur Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, für die strikte Verwerfung der Tarifgemeinschaft einzutreten. Die Befestigung der Tarifgemeinschaft muß logischerweise die Neuwahl des Zentralvorstandes zur Folge haben. Im ferneren werden die Leipziger Delegierten beauftragt, für die Schaffung von Garantien zu wirken, welche eigenmächtige Handlungen des Zentralvorstandes von weittragender Bedeutung verhindern, und für ein Programm unserer Gewerkschaft einzutreten, das von allen Mitgliedern, auch den Verbandsfunktionären strikte einzuhalten ist.“ Folgende Kandidaten, welche sich auf obige Resolution verpflichteten, werden hierauf aufgestellt. Als Vertreter: Kreislin, Dehne, Kreislin, Lautenschach, Tanneberger, Meinsch. Als Stellvertreter: Kunath, Pysch und Stephan Schumann, Gieser. Ein Antrag, die Delegierten und deren Stellvertreter getrennt zu wählen, wird angenommen. Ferner wird eine Wahlkommission, bestehend aus den Kollegen Seifert, Fuhr und Richter gewählt. Ein Antrag Lautenschach, betr. die Forderung der Neuwahl des Zentralvorstandes auf der Generalversammlung, wird angenommen. Dehne und Köhler wünschen die Institution der Gavourstehrer befestigt und dafür Urabstimmung gejezt. Ferner wird noch angenommen ein Antrag Neumann, einen Korrespondenten in der Person Gach zur Generalversammlung zu stellen. Mit einem Hoch auf den Verband der deutschen Buchdrucker, wie die Mehrheit der Kollegschaft Deutschlands ihn wünscht, frei von jeder Fessel, frei von Prinzipalsbevormundung, wird die vom besten Geiste besetzte Versammlung geschlossen.

Wais. Vertretung. In Nr. 69 des Corr. befindet sich auf letzter Seite in Fettdruck eine Mitteilung, in deren Eingang es heißt: „Zur Umstimmung der Kollegschaft für die Tarifgemeinschaft usw. hat die Gavoursteherkonferenz, was allerdings nicht im Protokoll steht, sich dahin geeinigt, den Bebel durch Konferenzen der Mitgliedschaftsvorsteher anzulösen.“ Ich erkläre hiermit, daß auf der genannten Konferenz weder eine dahingehende Aussprache noch „Einigung“ stattgefunden hat, sonst würde dieselbe in dem von mir ausgearbeiteten Protokoll Aufnahme gefunden haben. Ph. Gach, Protokollführer. (Das einheitliche Versehen ist hoch verwunderlich Red.)

Neu-Hublin. In der am 20. d. M. abgehaltenen, vollständig besetzten Versammlung unserer Mitgliedschaft erstattete der Vorsitzende Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz. Nach einem Referat Döblins wurde dabei eine von Kirchner-Stettin eingebrachte scharfe Tadelresolution gegen Gach, die sich in dem bekannten Fährwasser bewegt und deren Mitteilung im Corr. daher überflüssig, angenommen. Ferner wurden von der Konferenz fünf Kandidaten (sämtlich Teilnehmer derselben) vorgeschlagen, mit der statutwidrigen Bestimmung, daß die zwei Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten,

Delegierte, die zwei nächstfolgenden Stellvertreter seien. In der sich an diesen Bericht anschließenden Debatte wurde das Vorgehen des Gauvorstands scharf gerügt. Den Bezirksvorstehern hätte wenigstens Zeit gelassen werden sollen, sich mit den Mitgliedern zu verständigen, da bei der Konferenz den letzteren das statutenmäßige Recht vorenthalten wurde, selbst, d. h. durch gewählte Gantagsdelegierte, Kandidaten vorzuschlagen. In den Einladungen zu dieser Konferenz war allerdings von dieser Absicht wohlweislich nichts mitgeteilt. Man hätte wenigstens so viel Gerechtigkeitgefühl haben sollen, auch gegenteiligen Meinungen durch Auffstellung entsprechender Kandidaten Rechnung zu tragen. Von der ursprünglichen Absicht, seitens unserer Mitgliedschaft Gegenkandidaten aufzustellen, wurde Abstand genommen infolge der im Corr. enthaltenen Mitteilung aus dem Obergau. Durch Vermeidung von Verschleppung hoffen wir, diesen Kandidaten zum Siege zu verhelfen und jeder wahrhaftige Freund unserer unabhängigen Organisation wird das Seine dazu beitragen. Nach Schluss der Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung der Mitgliedschaft Neu-Kuppen kann sich der durch die Bezirksvorsteher-Konferenz ausgesprochenen unbedingten Zurückweisung des Vorgehens seitens des Corr.-Redakteurs nicht anschließen, beharrt vielmehr auf dem in voriger Versammlung eingenommenen Standpunkt (s. Corr. Nr. 65) und verlangt von der Generalversammlung gründliche Untersuchung der Angelegenheit Gaisch-Abblin, besonders der gegenzeitig erhobenen Beschuldigungen. Die Versammlung erwartet ferner Ablehnung der die Bewegungsfreiheit unserer Organisation hindernden Tarifgemeinschaft und der die Provinzkollegen und Waidneumeister zu Mitgliedern zweiter Klasse erniedrigenden Bestimmungen des neuen Tarifs.“

Hörnberg, 22. Juni. Am letzten Samstag beging die hiesige Mitgliedschaft das fünfzigjährige Jubiläum des Kollegen Nagel, verbunden mit dem fünfundsingzigjährigen Jubiläum der Kollegen Rigmann und Kantenfeter. Nach einer kleinen Ansprache wurde den Veteranen von Seiten der Mitgliedschaft ein schön gravierter goldener Ring mit Diplom und von Seiten der Kollegen der Wieling-Druckerei eine hübsche Zigarettenspitze überreicht. Glückwunschkarten waren eingegangen vom Zentral- und vom Gauvorstande. Das hierauf folgende Gütenberg-Festspiel, gelehrt von den Kollegen Benschel und Schröder dahier kann als sehr gelungen bezeichnet werden und soll weiteren Kollegenkreisen zugänglich gemacht werden. Ein Tanz beschloß das Fest. — In der letzten Versammlung wurde beschlossen, folgende Anträge zur Generalversammlung zu stellen: Die Generalversammlung wolle beschließen: 1. Keinen Delegierten mit gebundenem Mandat zuzulassen. 2. Den Corresp. an den Sitz des Zentralvorstandes zu verlegen. In dieser Versammlung wurde die gegenwärtige Lage nochmals eingehend besprochen. Fast alle Redner gaben in derben Worten ihrem Bedauern Ausdruck, daß sich auch im Gau Bayern einzelne Mitgliedschaften gefunden haben, die den radikalsten Schreibern Scherzgedienste leisten, so Würzburg und Bayreuth, Mitgliedschaften, die nicht einmal in der Lage seien, den alten Tarif einzuführen.

Osnabrück, 17. Juni. In der gestern Abend hier abgehaltenen außerordentlichen Versammlung referierte der Vorsitzende über die durch die Tarifverhandlungen entstandenen bedauerlichen Meinungsdivergenzen zwischen dem Corr.-Redakteur Herrn Gaisch und dem Zentralvorstande bezw. den Gauvorständen und Gehilfenvertretern. Wenn sich die Versammlung auch nicht mit dem Resultate der Verhandlungen zufrieden erklären konnte, so verurteilten doch fast sämtliche Redner das untaktische Vorgehen des Herrn Gaisch, der durch seine gefühlsigen persönlichen Angriffe unserer Organisation eher geschadet als genützt habe, wenigstens sein jochlicher Standpunkt Zustimmung fand. Es wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß vor der bekannten Stellungnahme des Corr. kurz vor den Berliner Verhandlungen eine Verständigung mit dem Zentralvorstande hätte gesucht werden müssen. Das Vorgehen der Redaktion sei zu eigenmächtig. Von einer direkten Stellungnahme in dieser Sache wurde Abstand genommen. Beurteilung und Mithingstellung fand seitens unsrer Vorstehenden u. a. eine in Nr. 66 des Corr. in dem Artikel „Die Gauvorsteher und der Corr.“ enthaltene einer Verächtlichmachung gleichkommenden Bemerkung gegen den Gauvorsteher Klapproth, wo „alle Kamellen“ wieder aufgeführt werden. Redner konstatiert, daß er auf dem vor zwei Jahren in Wittingen abgehaltenen Gantage zu der diese Sache behandelnden Kommission gehört habe, in dieser hätten sich die gegen Klapproth gerichteten Anklagen als grundlos erwiesen. Sodann erfolgten noch Vorschläge von Kandidaten zur außerordentlichen Generalversammlung. — Das diesjährige Johannistfest feiert der Bezirk Osnabrück am Sonntag den 28. Juni durch einen Ausflug, verbunden mit Kinderbelustigungen, Preislegeten, Preisfesten und Tanz.

H. M. Aus der Provinz. So unliebsam der Streit zwischen der Verbandsleitung und dem Correspondent-Redakteur zur gegenwärtigen Zeit auch sein mag, das Gute hat er doch, daß er in gewissem Sinn aufklärend und epochemachend wirkt. Inwiefern das Recht auf der einen oder andern Seite zu suchen ist, das zu entscheiden fühle ich mich nicht kompetent, da bei der ganzen Fehde weder Hülfe noch Drüben das Objektive vom Subjektiven scharf genug markiert wird, deshalb will ich es auch

unterlassen, auf den strittigen Punkt einzugehen; überhaupt ist in dieser Beziehung des Guten schon zu viel getan. Daß bei Beginn der Bewegung von dem marfanthen Satz ausgegangen wurde: „Si vis pacem para bellum“ daraus soll unseren Führern kein Vorwurf gemacht werden, daß man aber nachher um einen so geringen Preis sich zur Abrüstung bewegen ließ, das sehe ich nicht ein. Nützig und schnell rüstete sich die deutsche Kollegenchaft zum Kampf, als von Leipzig aus die Kriegsfanfane ertönte; kein anderer Gedanke fand neben demjenigen Platz, der dahin deutete: „durch Kampf zum Sieg“. Daß es trotzdem der Prinzipalität gelang, uns aus unserer günstigen Position zu verdrängen, das war ein feiner diplomatischer Schachzug, dessen sie sich nicht zu schämen braucht. Nachdem nun einmal der Weg der Verhandlungen beschritten war, konnte, falls derselbe — wie es auch gekommen ist — die Bewilligung unserer Forderungen nicht brachten, an eine abermalige Mobilmachung nicht mehr gedacht werden, denn der Vorteil der Ueberraschung war uns genommen und so mußten wir eben abwarten, was die Verhandlungen für ein Ergebnis zeitigten. Weit entfernt, die Schwierigkeiten der Gehilfenvertreter bei den Verhandlungen zu verkennen, mußte ich mich doch wundern über die Langmut derselben. Gab denn das unmaßgebliche, prognostische, hartnäckige Verhalten der Prinzipalvertreter nicht genug Gelegenheit, die Verhandlungen abzubrechen? Wäre denn unseren Vertretern eine Verantwortlichkeit daraus zu machen gewesen, wenn sie mit leeren Händen zurückgekommen wären, nachdem nun einmal unsere minimalsten Forderungen nicht berücksichtigt wurden? Keineswegs! Der status quo wäre immerhin dem jetzigen Zustande vorzuziehen gewesen. Daß sie trotzdem auf dieses Danaergeheiß eingingen, das macht ihnen die deutsche Kollegenchaft zum Vorwurfe. Zum mindesten dürften sie nicht auf ein Dreifachsystem und auf eine fünfjährige Festlegung der Tarifgemeinschaft eingehen. Wollten unsere Prinzipale nicht so loyal sein, diese kleine Errungenschaft auf wirtschaftlichem Gebiet uns allen zu Gute kommen zu lassen, so möchten sie ihre Zugaben überhaupt für sich behalten. Des hätten sich unsere Vertreter klar sein sollen, daß sie Rigmann und Unzufriedenheit in die Reihen der Verbandskollegen mit diesem verhängnisvollen Resultate tragen würden. Da nun der Karren in den Sand gefahren, ist guter Rat teuer. Wohl ist bei der Gauvorsteherversammlung am 5. d. M. die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung, welcher ich auch der großen Verworfenheit wegen vor einer Urabstimmung das Wort rede, beschlossen; doch ist es vor allen Dingen notwendig, Klarheit durch objektive Meinungsaustausche im Verbandsorgan und in Versammlungen darüber zu schaffen, wie es möglich ist, dabei ein ziemlich einmütiges Resultat zu erzielen. Entweder Annahme des neu geschaffenen Tarifs oder Verwerfung desselben. Meine unmaßgebende persönliche Meinung geht dahin die Abmachungen als Provisorium auf unbestimmte Zeit zu acceptieren. Zu verwerfen ist jedenfalls die fünfjährige Dauer einer allgemeinen Tarifgemeinschaft. Daß die Prinzipale auf diesen Vorschlag nicht eingehen, ist sicher anzunehmen, daher ist meine Meinung mit Verwerfung der ganzen Abmachungen gleichbedeutend. Was den zweiten Punkt der zur Generalversammlung aufgestellten Tagesordnung: „Beschlüßfassung über die Haltung der Redaktion des Correspondenten in der Tariffrage“ betrifft, stelle ich mich insoweit auf den Standpunkt der Correspondent-Redaktion, als letztere objektiv in der Verhandlung der strittigen Frage bleibt. Der freibeständige Hauch der gegenwärtig durch die Spalten des Correspondenten weht, wirkt äußerst wohlthuend auf mein demokratisches Gemüt. Es ist nicht zu bestreiten, daß neben der gewerkschaftlichen auch die politische Organisation, so weit es uns durch das Vereinsrecht gestattet ist, in Betracht kommt. Es ist nicht notwendig, daß wir der Prinzipalität zu Liebe unsern Standpunkt auf politischem Gebiete verbergen. Es wäre sogar zu wünschen, daß jedem Kollegen von der Verbandsleitung aus das Klassenbewußtsein erzieherisch beigebracht werde, wo dies noch notwendig ist, daß zwischen Arbeit und Kapital eine Kluft besteht, die nicht überbrückt werden kann. Ganz besonders ist darauf hinzuwirken, daß wir keinen Zweifel bestehen lassen, wozu wir gehören; wir können uns des Vorwurfs nicht ganz erwehren, der uns von der allgemeinen Arbeiterchaft hin und wieder gemacht wird, daß wir eine Intimidation in der politischen und gesellschaftlichen Bewegung teilweise einnehmen. Die rein gewerkschaftliche Bevormundungstheorie nach Hirsch-Dundersheim Muster wollen wir uns vom Leibe halten. Zum willenlosen Stimmvieh bei politischen Wahlen à la Saarrevier geben wir uns überhaupt nie her; operieren wir aber auch auf diesem Gebiete offen und gehen wir mit der allgemeinen Arbeiterchaft Hand in Hand, so wird uns der ungerechtfertigte Vorwurf der Sonderstellung erspart bleiben. Daß diese Erkenntnis sich Bahn bricht, ist das Verdienst des Redakteurs unsers Verbandsorgans, dessen Willen ich ihn nicht getadelt wissen möchte. Daß diesbezügliche freigeistige Artikel vor der nunmehrigen Aufhebung des Correspondenten keine Aufnahme fanden und einfach in den Papierkorb wanderten, scheint mir auf das Konto des allzu konigstreuen Verbandsvorstandes zu schreiben zu sein, dem die Correspondent-Redaktion stets ihren Willen opferte. Möge die freibeständige Tendenz unsers Organs auch von denen gebilligt werden, die selber ihre eigene Meinung hinter diejenige der allmächtigen Geldherren zurückstellten, denn daß auch nur ein Buch-

decker existieren sollte, der nicht von dem heutigen Zeitgeiste befeelt ist, dies jemand glauben zu machen, wäre doch eine große Zumutung. Zum Schluß meines Exlibris hege ich den aufrichtigen Wunsch, daß es gelingen möge, eine unserer Organisation förderliche Einigung zu erzielen, damit es nicht mit unserm Verbande geht nach dem Aussprüche: „Sis transit gloria mundi!“

Stuttgart. Die Stuttgarter Kollegenchaft ist die alte, prinzipienfeste. Trotz der von verschiedenen Seiten gemachten riefigen Bemühungen, auf Grund der hier eingeführten winzigen Bewilligungen die Kollegen zur Anerkennung der Berliner Abmachungen zu bestimmen, hat eine am Samstag abgehaltene Versammlung beschlossen, nur Delegierte zur Generalversammlung zu schicken, welche die Tariforganisation verwerfen und dem Vorstande das Recht entziehen wollen, mit den Prinzipalen selbstständig in Unterhandlungen zu treten.

r. Barel i. D. Die hiesige Mitgliedschaft sprach sich in ihrer letzten gut besuchten Versammlung entschieden gegen die neuen Tarifabmachungen aus und verurteilte das Gebahren des Zentralvorstandes und der Gehilfenvertreter. Man war allgemein der Ansicht, daß zur bevorstehenden Generalversammlung nur Männer gewählt werden dürften, welche vollständig unabhängig vom Vorstande sind. Einstimmig wurde dann Kollege J. Diermann-Bant als Kandidat aufgestellt und beschlossen, ihn den übrigen Mitgliedschaften des Nordwestgaues zur Wahl zu empfehlen.

Kundschau.

Essentliches Leben, Sozialreform, Volkswirtschaft. Die in voriger Nummer angeführte Schrift „Die Leitung des Buchdruckerverbandes während acht Jahren dienstbar der Polizei, den Unternehmern und der kapitalistischen Politik“ ist ein Ergebnis der durch den jetzigen Konflikt angestellten Forschungen in den vergangenen Jahren. Vor nach den zeitweiligen Erlassen und Handlungen die Verbandsleitung besonders den wenigen eingeweihten Personen ein Bild der Kläglichkeit und Verfälschung dar, so erkannte der Verfasser nach Sichtung und Prüfung des jahrelangen Materials ein System in dem ganzen Gebaren, das den Titel der Generalversammlung vorzulegenden Schrift vollständig deckt und rechtfertigt.

Das preussische Kammergericht hat, abweichend von seiner bisherigen Rechtsprechung, in Sachen des Verbandes deutscher Bergleute entschieden, daß Vereine, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, nur diejenigen Versammlungen anzumelden verpflichtet sind, die der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten dienen sollen. Das preussische Obergericht hatte schon früher in ähnlichem Sinn entschieden. Ein anderer Fall wurde ebenfalls vom Kammergerichte freisprechend entschieden. Beurteilt waren eine Anzahl Personen, weil sie als Vorstand eines Vereines Statuten und Mitgliederverzeichnis nicht eingereicht hätten. Dazu waren sie aber gar nicht in der Lage, weil sie keinen Verein bildeten, das Verlangte also nicht beschaffen konnten. Trotzdem erachtete das Kammergericht den Verein als bestehend, sprach aber die Angeklagten frei, weil die fragliche Verpflichtung nach dem Gesetz nur den Vorstehern obliege, welche zur Zeit der Stistung des Vereines Vorsteher gewesen, sie aber erst später zu „Vorstehern“ gewählt worden seien und nicht für Unterlassungen ihrer Vorgänger verantwortlich gemacht werden könnten. Dieselben waren eben nur zur Einreichung von eingetretenen Änderungen verpflichtet, wo aber kein Statut und kein bestimmter Mitgliederbestand vorhanden, da können auch keine Änderungen vorkommen.

Der Saxonabverband der sächsischen Bäckerinnungen ist selbstverständlich gegen den Maximalarbeitsstag im Bäckergewerbe, er nennt die Vorschriften über diesen wie über den Badenklub eine brutale Beschränkung der Freiheit der Betriebe, die in keiner Weise zu rechtfertigen sei und den ganzen gewerblichen Mittelstand systematisch zu Grunde richte. Uns will dünken, daß das Epitheton „brutal“ eher angewendet ist auf das Verlangen, den Arbeiter nach wie vor nach Belieben ausbeuten zu können.

Arbeiterbewegung.

Als Berufserklärung wurde die Veröffentlichung von 15 bis 20 Arbeitern angelehnt, welche beim Streit fortarbeiteten. Der Redakteur der Breklauer Volkswacht wurde dieserhalb zu 14 Tagen, der Obmann der Streikkommission der Bauarbeiter, welcher die Veröffentlichung veranlaßt hatte, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

In Dresden streifen die Maurer wegen Nichtbewilligung des festgesetzten Stundenlohnes (43 Pf.). In München beschlossen die Schieferdecker den Generalstreik. Forderungen: neunstündige Arbeitszeit, 4 1/2 Mk. Mindestlohn, Abschaffung der Akkordarbeit usw. 1900 Mann arbeiten zu den neuen Bedingungen, 650 befinden sich noch im Streit, jedoch haben neuerdings wieder mehrere Unternehmer bewilligt.

In St. Peterburg befinden sich seit dem 13. Juni die Arbeiter der meisten großen und größeren Fabriken im Aufstande. Die Arbeiter verlangen Erhöhung des Tagelohnes und allgemeine Aufbesserung ihrer Lage, namentlich in sanitärer Beziehung. Aufgehoben von Militär, Gendarmen, Polizei und Feuerwehrcorps erwarteten Gelegenheit zum Einschreiten, die aber bis jetzt, soweit die Nachrichten reichen, auch die durch die Straßen reitenden Kosakenpatrouillen noch nicht gefunden haben.

